

Monatsschrift des
Deutschen Bauernverbandes



- DBV-Ehrenpräsident
im Interview
- Die Landesbauern-
verbände im DBV
- Neue Generation
Bauernpräsidenten
- Nachgefragt:
Bewährte Allianzen

60 Jahre DBV – Berufsstand im Wandel

60 Jahre DBV

Klartext von DBV-Präsident Gerd Sonnleitner	3
Aktuelles Interview mit Dr. Schnieders und Dr. Born: Geschenk der Geschichte – Leistung der Organisation	4
Interview mit Ehrenpräsident Constantin Freiherr Heereman: „Was gut ist für die Bauern, ist gut für Deutschland“	6
Die Landesbauernverbände im Deutschen Bauernverband	8
Der Deutsche Bauernverband und die Politik	10
Der Deutsche Bauernverband und die Märkte	12
Der Deutsche Bauernverband und die Gesellschaft	14
Der Deutsche Bauernverband und die Medien	16
Eine neue Generation Bauernpräsidenten	18
Hinter den Kulissen: Zwingende Präsenz in Brüssel	21
Nachgefragt: Bewährte Allianzen	22
Programm: Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes	24

Verband Aktiv

Ereignisse im Wochenrückblick	26
-------------------------------	----

Personalie/Meldungen

28

DBV-Service

30

i.m.a.-Aktuell

31

Die Märkte

Weniger Rindfleisch in der EU erwartet	32
Käseverbrauch wird steigen	34

Titelbild:

**Gilt für den Berufsstand wie für die Land-
technik: Nicht stehen bleiben...**

Titelbild: John Deere 2008

Foto Klartext: Dr. Anni Neu

Fotos S.8-9: Frank Ossenbrink und Martin Bockhacker

Impressum:

Deutsche Bauern Korrespondenz

Herausgeber: Deutscher Bauernverband e. V.,

Redaktion: Dr. Anni Neu (verantwortlich),

Claire-Waldoff-Straße 7, 10117 Berlin

Tel. (0 30) 3 19 04-242

Fax: (0 30) 3 19 04-431

E-Mail: a.neu@bauernverband.net

Verlag: Deutscher Agrar-Verlag GmbH,

Claire-Waldoff-Straße 7, 10117 Berlin.

Anschrift der Anzeigen- und Vertriebsabteilung

Deutscher Agrar-Verlag GmbH,

Claire-Waldoff-Straße 7, 10117 Berlin.

Tel. (0 30) 3 19 04-238

Fax: (0 30) 3 19 04-431

Druck: LV Druck GmbH & Co. KG, 48165 Münster

Die Zeitschrift erscheint monatlich.

Bezug durch die Post. Neubestellungen bitte nur beim

Verlag abgeben.

Bezugsgebühr: jährlich 31,50 Euro incl.

7 % Mehrwertsteuer.

Kündigung ist nur schriftlich beim Verlag 6 Wochen zum

Ende des Bezugszeitraums (Jahresende) möglich.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und

Bücher kann keine Gewähr übernommen werden.

Rücksendung erfolgt, wenn Rückporto beiliegt.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt

die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion

wieder.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck von Beiträgen

kann mit Genehmigung der Redaktion erfolgen.

Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Berlin.

Zukunft braucht Herkunft

„Zukunft braucht Herkunft“, sagte vor wenigen Wochen Bundespräsident Horst Köhler. Zur Identität gehöre ganz wesentlich das Bewusstsein von der eigenen Geschichte.

„Zukunft braucht Herkunft“ gilt auch für das Entstehen und den Werdegang der landwirtschaftlichen Organisationen. Im Gegensatz zur stolzen Geschichte der Handwerker-Zünfte war die Geschichte des Bauernstandes lange von Unfreiheit und Ohnmacht gekennzeichnet. Als im Verlauf des 19. Jahrhunderts erste landwirtschaftliche Organisationen entstanden, waren diese noch stark von außen bestimmt. Die Zeit der Weimarer Demokratie – zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 und dem Beginn der Naziherrschaft 1933 – war von einem ziemlichen Vielerlei und Gegeneinander der landwirtschaftlichen Verbände gekennzeichnet.

Aus der Erinnerung an die unglücklichen Zeiten der Ohnmacht und des Missbrauchs der Bauern schöpften die Gründerväter des Deutschen Bauernverbandes ihre Vision und Kraft. Der Rheinländer Dr. Andreas Hermes und der Bayer Dr. Michael Horlacher – um nur zwei herausragende Persönlichkeiten zu nennen – waren frei-

heitlich und demokratisch gesinnt und bei den Bauern wie in der Öffentlichkeit anerkannt. Ihre Botschaft, dass es Zeit war, die berufsständischen Kräfte zu sammeln, fiel bei den deutschen Bauernfamilien auf fruchtbaren Boden: So konnte am 1. und 2. Oktober 1948 in München der Deutsche Bauernverband gegründet werden.

Wir können nur dankbar sein, dass die Gründergeneration die Interessenvertretung für die Bauernfamilien auf einem festen berufspolitischen und ethischen Fundament errichtet hat. Die damals festgelegten Grundsätze zeugen von einer bewundernswerten Weitsicht. Die Idee eines eigentumsorientierten und alle Betriebsgrößen und -formen einschließenden Verbandes stieß in den Bauernfamilien auf eine gewaltige Resonanz. Die Orts-, Kreis- und Landesbauernverbände wurden noch vor dem Deutschen Bauernverband in einer regelrechten Basisbewegung gegründet.

Schon bald wurde der Deutsche Bauernverband auch zur Mitarbeit in die europäische und internationale Bauernfamilie eingeladen. Der Deutsche Bauernverband, voran mein Vorgän-

ger Constantin Freiherr Heereman, hat aber auch in der Zeit der Teilung Deutschlands das Ziel der nationalen Einheit nicht aufgegeben. Heute sind die Berufskollegen und Landesbauernverbände aus den neuen Bundesländern längst gleichberechtigte und anerkannte Mitstreiter.

Ich bleibe dabei, denn es ist meine Lebenserfahrung: Der Bauernverband ist ein „g’scheiter Verein“. Viele tausend Funktionsträger und ebenso die Mitarbeiter in den Verbandsgeschäftsstellen haben mit ihrem Einsatz, ihrer Kompetenz und ihrer Überzeugung für die Bauernfamilien und für das Gemeinwohl viel geleistet. Der Verband ist nicht stehen geblieben, sondern hat sich neuen Herausforderungen und Zeiten angepasst. Mich freut ganz besonders, dass aus der jungen Generation viele bereit sind, in diesem Sinne weiterzumachen.

Vergessen wir doch nicht: Zu allen Zeiten – von der Gründung des DBV bis heute – hatten wir auch Neider und Gegner. Zu allen Zeiten gab es auch Gruppen, die meinten, ihren eigenen Weg gehen zu müssen. Zu allen Zeiten meinten auch welche, man könne nicht Groß und Klein, Nord und Süd unter einen Hut bringen. Die Zeit aber hat unter Beweis gestellt, dass wir es doch schafften, dass wir den richtigen Weg gegangen sind!

Berlin und unser Deutscher Bauerntag am 30. Juni und 1. Juli 2008 werden der richtige Platz sein, um neben allen brisanten aktuellen Themen der Agrarpolitik auch an die stolze Geschichte unseres Verbandes seit nunmehr 60 Jahren zu erinnern. Dass die Frau Bundeskanzlerin bei uns zu Gast sein wird und zahlreiche hochrangige Vertreter aus der nationalen und europäischen Politik, ist ein gutes Zeichen für die Akzeptanz unserer Arbeit.

„Tradition.Verantwortung.Zukunft“ ist also ein treffendes Motto für unseren bevorstehenden Bauerntag. Wir wissen, wo wir herkommen. Wir wissen, dass man uns auch künftig braucht!



Gerd Sonnleitner ist seit 1991 Präsident des Bayerischen Bauernverbandes und seit 1997 Präsident des Deutschen Bauernverbandes.

Gerd Sonnleitner
Präsident des Deutschen Bauernverbandes

Geschenk der Geschichte – Leistung der Organisation

„Wir brauchen Leute, die die Anliegen der Landwirtschaft in die breite Öffentlichkeit hinein gut vertreten können, aber auch genauso brauchen wir hochgradiges Spezialistentum.“ Zwei langjährige Generalsekretäre – Dr. Rudolf Schnieders und Dr. Helmut Born – bewerten im folgenden Gespräch mit der dbk die Entwicklung des Deutschen Bauernverbandes seit seiner Gründung vor 60 Jahren. Der Spruch „Glück hat auf Dauer nur der Tüchtigkeit“ bewahrheitet sich einmal mehr: Denn ganz offenkundig hatte der DBV mit seinen organisatorischen Grundentscheidungen und der Wahl seiner Führungskräfte Glück und mit seinen inhaltlichen Vorstellungen Erfolg.

dbk: Den DBV gibt es jetzt 60 Jahre mit dem Anspruch, Interessenvertreter der deutschen Bauernfamilien in der Gesamtheit zu sein. War das ein Geschenk der Geschichte oder eine Leistung der Organisation?

Dr. Schnieders: Es war ein Ergebnis bitterer Erfahrung. Die Bauern vor 1933, also vor der Machtübernahme der Nazis, waren in viele Gruppen gespalten und an verschiedenste Parteien angelehnt. Nach der Katastrophe des Weltkrieges fanden sich führende Männer aus der Weimarer Zeit wieder zusammen. Doch vor allem war die Gründung des Bauernverbandes eine Bewegung von unten, von den Kreisen her. Sicher kam es dem Bauernverband entgegen, dass die Besatzungsmächte jeweils nur eine Organisation anerkennen wollten, sowohl bei den Gewerkschaften wie auch in anderen Bereichen.



Dr. Rudolf Schnieders war von 1976 bis 1991 DBV-Generalsekretär.

Foto: Dr. Anni Neu

Dr. Born: Der Einheitsverband war damals eine richtungweisende Entscheidung. Hut ab vor der Organisation, vor den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen auf allen Ebenen des DBV, wie es gelungen ist, dieses Juwel des Einheitsverbandes voll wirkungsfähig einsetzen zu können. Das ist dann gleichzeitig die Verpflichtung für die heutige Generation, es nicht zu einem Erosionsprozess kommen zu lassen.

„Den Laden zusammenhalten“

dbk: Ein Verband lebt aber nicht nur von seinen Strukturen, sondern auch von den Persönlichkeiten an der Spitze?

Dr. Schnieders: Der DBV hat mit seinen Präsidenten – nur vier in 60 Jahren – großes Glück gehabt. Alle vier waren Persönlichkeiten, die in der Lage waren, wie man so sagt, den Laden zusammenzuhalten, die aber auch außerhalb bekannt und anerkannt waren. Der Gründerpräsident Dr. Andre-

as Hermes war ein besonderer Glücksfall, er wurde als integrierter Vertreter der Bauern anerkannt, mit großer Erfahrung vor 1933 als Genossenschaftler und Reichsminister. Und er war Widerstandskämpfer, der zum Tode verurteilt gewesen war. Hermes wie später Präsident Edmund Rehwinkel hatten starke, kantige und sehr angesehene Präsidentenkollegen in den Landesbauernverbänden. Und was man nicht übersehen darf, es gab eine sehr enge parlamentarische Verzahnung, zeitweilig mit fast 80 Bauern im Bundestag.

Dr. Born: Eine sehr herausragende Persönlichkeit war Präsident Constantin Freiherr Heereman. Er war klug genug, seine Position zu ergänzen mit anderen Landesverbandspräsidenten, die sich bestimmten Fachgebieten sehr intensiv widmeten. Dieses gilt heute bei unserem Präsidenten Gerd Sonnleitner noch mehr als früher: Die Landwirte sind in ihren Betrieben sehr viel spezialisierter, wir haben Veredlungsregionen, wir haben Milchregionen, wir haben Regionen mit starkem Obst und Gemüsebau. Die Zeit, wo wir 80 Abgeordnete im Parlament haben, ist vorbei. Heute sind es maximal noch 15. Wir müssen gegenüber früher sehr viel mehr Detailarbeit aus dem Verband heraus leisten. Der Staat hat sich aus den Märkten weitgehend verabschiedet. Andere Bereiche haben mehr Gewicht erhalten, wie Umwelt, Steuern, Sozialpolitik, gesundheitlicher Verbraucherschutz. Wir brauchen Leute, die die Anliegen der Landwirtschaft in die breite Öffentlichkeit hinein gut vertreten können, aber genauso brauchen wir hochgradiges Spezialistentum.

dbk: Fast vergessen, so gehört zur Geschichte des DBV doch auch sehr wesentlich, die vertriebenen Landwirte zu integrieren?

Dr. Schnieders: Ja, der Bauernverband hat eine eigene Siedlungsgesellschaft aus der Taufe gehoben. Man hat dabei bald eingesehen, dass

von den fast eine Million Flüchtlingen und Vertriebenen, die aus der Landwirtschaft stammten, nur ganz wenige eine Chance hatten, eine Vollbauernstelle zu bekommen. Man hat deshalb sehr bald darauf gesetzt, sogenannte Nebenerwerbsstellen zu schaffen, einen besseren Eigenheimbau. Am allermeisten kam der Eingliederung der Vertriebenen aber entgegen, dass wir einen starken Wirtschaftsaufschwung und eine große Nachfrage nach Arbeitskräften hatten. Die Eingliederung ist in beispielhafter Weise gelungen.

dbk: Wenige Wochen vor der Gründung des DBV erfolgte in Deutschland die Währungsreform. Die D-Mark und die soziale Marktwirtschaft waren das Fundament für das folgende deutsche Wirtschaftswunder. Doch in der Landwirtschaft wurde gefragt, wie man Anschluss halten könne?

Dr. Schnieders: Nach 1948 sind führende junge Landwirte aus Deutschland in die USA zur Weiterbildung geschickt worden. Dort gab es schon lange ein sogenanntes Paritätsgesetz, das vorsah, dass die Agrarpreise in einer bestimmten Relation zu einem Basisjahr und zu den Kosten jährlich angepasst werden sollten. Daraus hat der DBV die Forderung nach einer Ertrags-Aufwands-Parität entwickelt. Entscheidend war, dass Bundeskanzler Konrad Adenauer beim berühmten Rhöndorfer Gespräch am 20. Februar 1951 anerkannt hat, dass die Landwirte einen Anspruch auf einen kostendeckenden Lohn haben. Nicht gerade erleichtert wurde die Diskussion um die Schaffung eines Landwirtschaftsgesetzes, als der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Heinrich Lübke die Probleme der Landwirtschaft allein durch eine Strukturverbesserung lösen wollte. Aber dieses Landwirtschaftsgesetz wurde dann am 7. Juli 1955 mit nur zwei Gegenstimmen im Bundestag verabschiedet. Der Bauernverband hat sich immer darauf berufen, hier ist das Landwirtschaftsgesetz, hier ist eine Verpflichtung, etwas für die Bauern zu tun, die es wesentlich schwerer haben als andere Wirtschaftsbereiche.

Dr. Born: Nicht zu vergessen, dass es eines der ganz wenigen Gesetze in Deutschland ist, das jahrzehntelang nicht novelliert wurde.

dbk: Der Gesetzgeber hat voriges Jahr – 2007 – das Landwirtschaftsgesetz so geändert, dass der jährliche Agrarbericht praktisch abgeschafft wurde. Auch ein Zeichen, dass die Landwirtschaft eine Sonderstellung verloren hat?

Agrarpolitische Chronik
1945–2008

Dr. Born: Was da passiert ist, ist tatsächlich ein Zeichen. Wir haben heftig dagegen argumentiert, die Berichtspflicht derart auszulassen. Ganz verschwunden ist sie Gott sei Dank nicht.

Mich freut sehr, dass sich der Bundesrat in unserem Sinne klar und deutlich gegen eine Streichung des Landwirtschaftsgesetzes ausspricht und auch den Gesetzgeber aufgefordert hat, jetzt sozusagen ein Grundgesetz einer Landbewirtschaftung unter heutigen Bedingungen zu schreiben. Ich meine, dass es richtig und wichtig wäre, dass in einem Landwirtschaftsgesetzbuch zumindest die Eckwerte dessen festgehalten werden, was wir heute als Landwirtschaft und Forstwirtschaft im Umgang mit natürlichen Ressourcen begreifen. Ich bin davon überzeugt, dass wir in wenigen Jahren ein modernisiertes Landwirtschaftsgesetz haben. Ansonsten fürchte ich, werden Naturschützer erneut einen Versuch machen, den Bauern vorzuschreiben, wie sie Landwirtschaft zu betreiben haben.



**Dr. Helmut Born ist
Generalsekretär des DBV.**

Foto: Frank Ossenbrink

Bauernverband der DDR, haben sich unter der Führung von Präsident Heereman auf diese Linie verständigt: Wir wollen eine einheitliche Interessenvertretung bilden, und zwar angefangen mit Arbeitsgemeinschaften auf Länderebene, diese sollen dann zu Landesbauernverbänden und zur Mitgliedschaft im DBV führen.

Dr. Born: Richtungweisend auf Burg Warberg waren ebenso die Respektierung des Eigentums und die Entscheidung des Eigentümers, ob er in einem gemeinschaftlichen Unternehmen oder

als Familienunternehmen beginnt oder die Tätigkeit in der Landwirtschaft ganz aufgibt. Man darf nie vergessen, dass zwei Drittel der damals Beschäftigten innerhalb von 6 bis 7 Jahren ausgeschieden sind.

dbk: Von den Anfängen der europäischen Integration an war es das Credo des DBV, dass Europa sich auch zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion entwickeln muss. Lag er damit richtig?

dbk: Über lange Jahre hinweg schloss die Tagesordnung des DBV-Präsidiums während der Grünen Woche mit der „Situation in der Landwirtschaft in der DDR“. Doch wer hatte noch an die Wiedervereinigung geglaubt?

Dr. Schnieders: Im Bauernverband war es nicht viel anders als bei den politischen Parteien und der Bevölkerung. Die meisten glaubten, dass die Wahrscheinlichkeit einer Wiedervereinigung immer weiter in die Ferne rückte. Die Ereignisse im Jahre 1989 haben alle überrascht.

Grundentscheidung Eigentum

dbk: Was hat der DBV dafür getan, dass sich die Wiedervereinigung auch im Berufsstand vollziehen konnte?

Dr. Born: Wir hatten in den frühen 80er Jahren eine Phase in der DDR, in der Vertreter der Landwirtschaft einen Freiraum für einen Austausch mit der Bundesrepublik und mit uns als Bauernverband bekamen. Auf Arbeitsebene gab es seit 1982 regelmäßig einen Austausch, vor allem aber konnten sich auch LPG-Vorsitzende und Kreisvorsitzende des Bauernverbandes in unserer Landjugend-Akademie treffen.

Dr. Schnieders: Am 18. Juli 1990 fand – was die Einheit des Berufsstandes im wiedervereinigten Deutschland angeht – das entscheidende Treffen auf Burg Warberg statt. Alle Gruppierungen im landwirtschaftlichen Bereich, die sich gebildet hatten, ob Wiedereinrichter oder Genossenschaftsverband oder

Dr. Schnieders: Das Problem der unterschiedlichen Währungen hat die EG-Agrarpolitik von der ersten Stunde an begleitet. Lange Jahre waren die Agrarpolitik und die Zollunion die einzigen integrierten Bereiche. Ab Mai 1971 war es unser Kampf, dass die deutschen Bauern durch eine Aufwertung der D-Mark nicht mit Preissenkungen konfrontiert wurden, während die anderen durch eine Abwertung kräftige Preissteigerungen hinnehmen konnten.

Dr. Born: Gerade heute, bei dem heftigen Auf und Ab auf den internationalen Märkten, weiß jeder deutsche Landwirt, dass wir ohne die EU mit ihrer Wirtschafts- und Währungsunion wesentlich negativer dastünden. Ohne diese Einbindung wären wir nicht in der Lage, gestalterisch für die Land- und Forstwirtschaft wirklich Entscheidendes zu tun.

dbk: Ist es angesichts der Diskussion um Welternährung, Hungerrevolten und Klimaschutz gerechtfertigt, der Landwirtschaft weltweit eine Sonderstellung einzuräumen?

Dr. Born: Also, Sonderstellung ist immer ein Wort, das den Widerspruch herauslockt. Doch man sieht, dass noch so hehre ordnungspolitische Leitlinien aussetzen, wenn die Nahrungsmittel knapp werden. Wenn mittlerweile zwölf Staaten von sich aus den Export begrenzen oder verbieten, dann beweist das, dass die Landwirtschaft in einer besonderen Stellung ist. Das ist nicht Snobismus, sondern Einsicht.

Das Gespräch führte Adalbert Kienle.

1945

01.09.1945 – In Berlin wird der „Allgemeine Deutsche Bauernverband“ gegründet, der jedoch gleich wieder vom Alliierten Kontrollrat verboten wird.

20.09.1945 – Beginn der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone (entschädigungslose Enteignung von 13.000 Eigentümern mit 2,5 Millionen ha)

1946

29.10.1946 – Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Bauernverbände“ in München (Vorläuferorganisation des DBV)

1947

23.10.1947 – In Genf wird das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) gegründet.

22./23.11.1947 – In Ost-Berlin wird die „Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB) gegründet.

Dezember 1947 – Beginn der Ansiedlung geflüchteter und vertriebener Bauern

1948

10.02.1948 – Erste Ausgabe der „Deutschen Bauern Korrespondenz“ (dbk)

20./21.06.1948 – Durchführung der Währungsreform in den drei westlichen Zonen Deutschlands

01./02.10.1948 – Konstituierende Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes in München: Erster Präsident wird Reichsminister a. D. Dr. Andreas Hermes, Vizepräsident: Dr. Fridolin Rothermel (Bayern), stellvertretende Vorsitzende: Edmund Rehwinkel (Niedersachsen), Lambert Schill (Südbaden) und Detlev Struve (Schleswig-Holstein)



Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer (im Bild links) und Bundespräsident Dr. Theodor Heuss (rechts) sagen Dank an Dr. Andreas Hermes (Bildmitte), den großen Demokraten und ersten DBV-Präsidenten von 1948 bis 1954.

1949

- 08.05.1949 – Verabschiedung des Grundgesetzes
- 31.05.1949 – Die Landwirtschaft finanziert mit Rentenbankgrundschuldzinsen zu 100 % das Grundkapital zur Gründung der Landwirtschaftlichen Rentenbank.
- 13.09.1949 – Theodor Heuss wird erster Bundespräsident.
- 15.09.1949 – Dr. Konrad Adenauer (CDU) wird Bundeskanzler.
- 20.09.1949 – Erster Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird Professor Dr. Dr. Wilhelm Niklas (CSU).
- 22. bis 24.09.1949 – In München findet der erste Deutsche Bauerntag mit Bundeslandwirtschaftsminister Prof. Dr. Wilhelm Niklas statt.
- 07.10.1949 – Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)



Viel Handarbeit prägte die Landwirtschaft noch in den 40er und 50er Jahren.

Foto: aid

1950

- 07.06.1950 – DBV und der französische Bauernverband FNSEA unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung zum Aufbau eines deutsch-französischen Agrarmarktes.
- 25. bis 27.08.1950 – Deutscher Bauerntag in Mainz mit Bundeslandwirtschaftsminister Prof. Dr. Wilhelm Niklas
- 16.09.1950 – Gründung der ZMP als Selbsthilfeeinrichtung der deutschen Landwirtschaft

1951

- 23.07.1951 – Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) tritt in Kraft.
- 07. bis 09.09.1951 – Deutscher Bauerntag in Rendsburg mit Wissenschaftler Prof. Dr. Oskar Howald (Schweiz)

1952

- 01.07.1952 – Landpachtgesetz tritt in Kraft
- 03. bis 05.07.1952 – Deutscher Bauerntag in Konstanz mit Bundeslandwirtschaftsminister Prof. Dr. Niklas
- 9. bis 12.07.1952 – In der DDR beschließt die 2. Parteikonferenz der SED die Kollektivierung der Landwirtschaft.
- 01.08.1952 – Freigabe des Butterpreises

„Was gut ist für die Bauern, ist gut für Deutschland“

Constantin Freiherr Heereman, geboren am 17. Dezember 1931 in Münster, hat fast 28 Jahre die Geschicke des DBV geführt. Das nunmehr 60-jährige Bestehen des DBV war Anlass für die dbk zu einem Gespräch, welche Erfahrungen aus seiner Aktivenzeit er der heutigen Generation vermitteln möchte.

dbk: Unvergessen ist bis heute Ihr Spruch: „Was gut ist für die Bauern, ist gut für Deutschland“. Würden Sie das heute auch noch sagen?

Constantin Freiherr Heereman: Ja, mit voller Überzeugung. Es ist doch erfreulich, dass die Mitbürger – Stichwort Welternährung – erkennen, dass die Schicksalsfragen der Menschheit nur mithilfe der Bauern gelöst werden können. Ich würde meine Aussage aber noch weiter ausbauen auf die ländlichen Räume, das Handwerk und den Mittelstand. Eine solche gestandene Gruppe ist für unsere Gesellschaft und Demokratie unverzichtbar.

dbk: Werden Sie zum Deutschen Bauerntag nach Berlin kommen?

Heereman: Selbstverständlich. Bei diesem Bauerntag wird auch an das 60-jährige Bestehen des DBV erinnert. Das ist schon ein Ereignis, auch für mich – immerhin habe ich fast die Hälfte dieser Zeit mitgestaltet. Unser Vaterland ist wiedervereinigt. Regierung und Parlament sind in Berlin. Auch die Geschäftsstelle des DBV ist nach Berlin umgezogen. Insofern ist das auch ein besonderes Zeichen nach außen. Ich gehe davon aus, dass dieser Bauerntag in großer Gemeinsamkeit begangen wird. Stark sind wir nur durch Einigkeit. Mein ganzer Wunsch ist, dass dies bei uns in Deutschland so bleibt. Seid einig, einig, einig! Das war schon der Appell meines Vorgängers Rehwinkel.

dbk: Ihre Amtszeit war mit der deutschen Wiedervereinigung verbunden.

Heereman: Was hier friedlich vollzogen wurde, das ist gewaltig, herausragend. Ich habe immer an eine Wiedervereinigung geglaubt. Wir hatten als DBV stets Kontakte in die damalige DDR hinein. In den 80er Jahren konnten auch offizielle Besuche organisiert werden. Ich habe oft herausgehört, wie sehr sich unsere Kollegen im Osten gewünscht haben, dass wir zusammenkommen können. Wenn zum Beispiel Fritz Dallmann, damals Vorsitzender des VdGB, mit seiner Delegation zu uns kam, waren stets auch Herren mit Ledermänteln als Aufpasser dabei. Da musste man schon in ein Eckchen gehen oder die Mitarbeiter mussten sich mit einem Pilschen oder einem Korn mehr um diese Herren im Mantel kümmern.

Jeder weiß es, dass ich mein Problem damit habe, wie die Bundesregierung mit den Bodenre-



Ehrenpräsident Constantin Freiherr Heereman, DBV-Präsident von 1969 bis 1997, bei seiner Verabschiedung in der Bonner Beethovenhalle mit Altkanzler Dr. Helmut Kohl.

Foto: Frey-Pressebild

formopfern von 1945 bis 1949 umgegangen ist, also die Rückübertragung für damalige Enteignungen von Boden ausgeschlossen hat. Ich habe mich mit etwa 70 Kollegen im Bundestag klar gegen diesen Teil des Einigungsvertrags ausgesprochen. Mit meinem Vorschlag eines Bodenfonds wäre man sicher weitergekommen und es wäre auch kein neues Unrecht geschaffen worden.

dbk: Im DBV-Präsidium sehen Sie viele neue Gesichter. Was sind – über den Tag hinaus – Empfehlungen eines Ehrenpräsidenten?

Heereman: Ich habe mich seit meinem Ausscheiden nie in die Tagespolitik des Verbandes eingemischt. Ich verfolge mit Interesse und mit großem Respekt das Geschehen und meinen Nachfolger Gerd Sonnleitner. Ich habe in meiner Zeit ganz hervorragende Mitstreiter gehabt, voran bei den Vizes. Ich nenne nur mal Feury, Struwe, Janson, Dobler, Klinker, Rode, Geprägs. Und ich nenne die Generalsekretäre in meiner Zeit: Dr. Möws, Dr. Schnieders, Dr. Born. Tüchtige Mitarbeiter waren immer eine Stärke des Bauernverbandes.

Auch bin ich jedenfalls gut damit gefahren, dass ich mir meine Unabhängigkeit bewahrt habe. Wenn man den Eindruck erweckt, als werde man von der einen oder anderen Seite gesteuert oder es sei einem etwas eingeflüstert worden, wohinter man nicht wirklich steht, dann hat man verloren. Die Glaubwürdigkeit des Verbandes und seiner Präsidenten ist etwas ganz Wesentliches.

dbk: Und was den Umgang mit den Politikern angeht?

Heereman: Ich nenne zwei Beispiele, die nicht gut waren. Bundesminister Ertl hat auf einem Bauernntag – es war in Kiel – unter Protest den Saal verlassen. Ich habe ihm nachgerufen, dass hierfür überhaupt kein Anlass bestünde, das sei keine Art. Wir haben uns später darüber unterhalten, es war eine echte Freundschaft zwischen Ertl und mir. Genauso offen sage ich, dass ich es für völlig falsch gehalten habe, dass wir auf dem Bauernntag in Aachen Bundesminister Kiechle eingeladen haben. Ich musste das durchziehen, weil die Mehrheit das wollte. Ich habe mit dem Kanzleramtsminister telefoniert – als die Regierung keine Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft zeigte, mussten wir das durchstehen.

Ingesamt ist es aber gelungen, dass wir zu den Bundeskanzlern, den Fachministern und der ganzen Regierungsmannschaft ein gutes Verhältnis hatten. Auch wenn sie einer anderen „Fakultät“ angehörten. Ein Verband muss mit den Regierenden verhandeln, ganz egal, welcher Couleur sie sind. Und man muss Verbindungen pflegen, zu den Parteien, zur Wirtschaft, zu den Gewerkschaften, zu den Umweltschützern. Das ist überhaupt nicht immer leicht.

dbk: Dazu ist dann auch ein Orden „Wider den tierischen Ernst“ nützlich?

Heereman: Warum denn nicht, es erhöht den Bekanntheitsgrad. Einen Schuss Humor soll man schon mitbringen. Man darf die Bodenhaftung nicht verlieren. Es gibt schließlich genug schwierige Auseinandersetzungen. Man vergisst ja auch nicht, dass es schon Demonstrationen gab, wo Bauern auf uns und mich die Eier geschmissen haben.

dbk: Sie sind in den Medien als „Meister des Lobbyismus“ beschrieben worden. Doch wurden auch Ämterhäufung und Ihr politisches Mandat kritisiert – zwei Legislaturperioden im Bundestag. Was raten Sie unserer heutigen Generation?

Heereman: Ich kann nur raten, in die Parlamente zu gehen. Wer die Chance hat, muss sich dann auch dementsprechend organisieren. Aber ich gebe zu, dass es schon ein Schlauch ist, und man muss vieles über sich ergehen lassen.

Die richtige Balance zwischen Ämtern, Betrieb und Familie zu finden, ist wirklich schwer. Man zündet ja die Kerze von beiden Seiten an. Doch will man Leute haben, die Bescheid wissen, die Querverbindungen haben, oder will man welche, die nur aus dem Lehrbuch oder aus dem hohlen Bauch heraus etwas erzählen? Ich war ja Präsident auf Landes- und Bundesebene und auch bei COPA und im Weltbauernverband. Man ist mit vielen Leuten zusammengekommen, hat viel gesehen und viel erlebt – es war aber doch eine wunderbare Zeit, die wir gemeinsam gestaltet haben.

Das Gespräch führte Adalbert Kienle.

„Wir wollten etwas bewegen“



Ernst Geprägs – den ersten Schritt in das berufsständische Engagement tat er 1950. Foto: DBV

Angefangen hat bei mir alles 1950 mit dem ersten Grundkurs der Schwäbischen Bauernschule in Bad Waldsee. Ich war mit 21 Jahren von den 23 Teilnehmern der „Benjamin“ – viele waren noch Kriegsteilnehmer. Niemand draußen wollte mehr Verantwortung übernehmen. Doch wir Jungen wollten etwas bewegen. Wir wurden zu einer verschworenen Gemeinschaft. Wir haben unsere Erlebnisse in die Dörfer hinausgetragen. Dazu brauchten wir einen Unterbau. So haben wir die Landjugend aufgebaut. Ich war dann zwölf Jahre lang Landesvorsitzender der Landjugend.

Zweimal wurde ich als junger Mann dazu ausgewählt, vor den Großen dieser Zeit über die Anliegen der Jungbauern zu sprechen. Das war einmal 1958 in der Bauernhochschule Fredeburg. Zum zehnjährigen Jubiläum kam Bundespräsident Theodor Heuss. Der Bundespräsident hat diese Begegnung in seinen „Tagebüchern“ festgehalten – meine Rede sei „selbständig und fast geistreich“ gewesen. Beim Deutschen Bauerntag 1961 durfte ich vor Bundeskanzler Konrad Adenauer sprechen. Mir zitterten die Knie, doch es ging sehr gut. „Aus dem wird noch was“, sagte Adenauer zu Bauknecht, der damals Präsident in Württemberg-Hohenzollern und viele Jahre im Bundestag war.

Über einen Sitz im Vorstand des Landesbauernverbandes wuchs ich in die Bauernverbandsarbeit hinein und wurde dann Kreisobmann und Vizepräsident. 1973 wurde ich Präsident. 1989 konnten wir die Verbände Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern fusionieren. Ich war dann nochmals acht Jahre, bis 1997, Präsident des neuen Landesbauernverbandes. Auf Bundesebene war ich sechs Jahre erster Vizepräsident im DBV.

Heereman führte im DBV ein strenges Regime. Es ist eine große Leistung, die unterschiedlichen Interessen zusammenzuführen und die Einheit des Berufsstandes zu wahren. So konnte aber sehr viel erreicht werden. Meine Lebenserfahrung ist, dass wir als Berufsstand immer auch in der Kategorie des ländlichen Raumes denken müssen. Das ist unsere Heimat. Die Verbindung mit den Landräten, den Handwerkskammern, den IHK, den Gewerkschaften muss stetig gepflegt werden. Ich habe auch mit den Naturschützern eine recht vernünftige konstruktive Zusammenarbeit gefunden.

Ernst Geprägs

1953

- 14.07.1953 – Flurbereinigungsgesetz verabschiedet
- 17. bis 20.09.1953 – Deutscher Bauerntag in Münster mit Bundespräsident Dr. Theodor Heuss, 1. Berufswettkampf der Deutschen Landjugend
- 20.10.1953 – Heinrich Lübke (CDU) wird Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

1954

- 27.09.1954 – DBV-Präsident Dr. Andreas Hermes tritt zurück, nunmehr Dreierpräsidium: Bernhard Bauknecht (Württemberg-Hohenzollern), Edmund Rehwinkel (Niedersachsen), Fridolin Rothermel (Bayern), ab 05.03.1956 Otto Freiherr von Feury (Bayern)
- 27. bis 30.09.1954 – Deutscher Bauerntag in Stuttgart mit Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und Bundeslandwirtschaftsminister Heinrich Lübke

1955

- 22.07.1955 – Der Bundesrat billigt das Landwirtschaftsgesetz.
- 08. bis 11.09.1955 – Deutscher Bauerntag in Kassel mit Bundeslandwirtschaftsminister Heinrich Lübke

1956

- 23.02.1956 – Zum ersten Mal wird dem Deutschen Bundestag der „Bericht über die Lage der Landwirtschaft“, der „Grüne Plan“, vorgelegt.

1957

- 25.03.1957 – Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
- 09. bis 14.09.1957 – Deutscher Bauerntag in Hannover mit Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder
- 01.10.1957 – Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte (GAL)

1958

- 07.01.1958 – Walter Hallstein (CDU) wird zum Präsidenten der EWG-Kommission gewählt. Der Niederländer Sicco Mansholt wird erster Agrarkommissar.










1959

- 20.01.1959 – Edmund Rehwinkel, Präsident des Niedersächsischen Landvolkes, wird Präsident des DBV. Vizepräsidenten: Bernhard Bauknecht (Württemberg-Hohenzollern), Otto Freiherr von Feury (Bayern), Kurt Wittmer-Eigenbrodt (Hessen).
- 30.06.1959 – Vorschläge der EWG-Kommission zur Gestaltung und Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)
- 01.07.1959 – Heinrich Lübke (CDU) wird zum Bundespräsidenten gewählt.

Die Landesbauernverbände im

			
Verband	Landesbauernverband in Baden-Württemberg	Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband	Bayerischer Bauernverband
Präsident	Joachim Rukwied (r.)	Werner Räßle (l.)	Gerd Sonnleitner (r.)
Hauptgeschäftsführer	Peter Kolb (l.)	Gerhard Henninger (r.)	Hans Müller (l.)
Anzahl Kreisverbände	26	17	72
Mitglieder	45.000	18.000	170.000
			
Verband	Hessischer Bauernverband	Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern	Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband
Präsident	Friedhelm Schneider (r.)	Rainer Tietböhl (r.)	Werner Hilse (l.)
Hauptgeschäftsführer	Peter Voss-Fels (l.)	Dr. Martin Piehl (l.)	Jörn Johann Dwehus (r.)
Anzahl Kreisverbände	20	15	40
Mitglieder	29.111	2.130	85.700
			
Verband	Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau	Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd	Sächsischer Landesbauernverband
Präsident	Leo Blum (r.)	Norbert Schindler (l.)	Wolfgang Vogel (r.)
Hauptgeschäftsführer	Dr. Josef Derstappen (l.)	Franz Schatt (r.)	Dr. Jörg Hilger (l.)
Anzahl Kreisverbände	14	10	14
Mitglieder	19.000	12.000	4.700

Deutschen Bauernverband

			Verband Präsident Hauptgeschäftsführer Anzahl Kreisverbände Mitglieder
Landesbauernverband Brandenburg Udo Folgart (r.) Wolfgang Scherfke (l.) 13 3.981	Bremischer Landwirtschaftsverband Hinrich Bavendamm (r.) Franca Reitzenstein (l.) 270	Bauernverband Hamburg Heinz Behrmann (r.) Gesa Kohnke-Bruns (l.) 300	
			
Rheinischer Landwirtschaftsverband Friedhelm Decker (r.) Willi Bennerscheidt (l.) 15 20.000	Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband Franz-Josef Möllers (r.) Werner Gehring (l.) 20 46.000	Bauernverband Saar Klaus Fontaine (l.) Hans Lauer (r.) 6 1.400	Verband Präsident Hauptgeschäftsführer Anzahl Kreisverbände Mitglieder
			
Landesbauernverband Sachsen-Anhalt Frank Zedler (r.) Dr. Fritz Schumann (l.) 12 4.500	Bauernverband Schleswig-Holstein Werner Schwarz (r.) Peter Paulsen (l.) 13 21.000	Thüringer Bauernverband Dr. Klaus Kliem (r.) Dr. Edgar Dänner (l.) 17 3.717	



Edmund Rehwinkel, DBV-Präsident von 1959 bis 1969.

15. bis 19.09.1959 – Deutscher Bauernntag in Landau (Pfalz) mit Dr. Fanz-Josef Würmeling (CDU), Bundesminister für Familien- und Jugendfragen

24.09.1959 – Gründung von COPA und COGECA in Brüssel

14.10.1959 – Werner Schwarz (CDU) wird zum Bundeslandwirtschaftsminister ernannt.

1960

14.04.1960 – In der DDR ist die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft abgeschlossen (19.345 Landwirtschaftliche Genossenschaften wurden gegründet). Nach dem Gesetz über LPG'en bleibt der Boden persönliches Eigentum der LPG-Mitglieder.

1961

12. bis 16.06.1961 – Deutscher Bauernntag in Ravensburg mit Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und Bundeslandwirtschaftsminister Werner Schwarz

28.07.1961 – Grundstücksverkehrsgesetz

13.08.1961 – Baubeginn der „Berliner Mauer“.

1962

01.06.1962 – Beginn der vom EWG-Ministerat am 14.01.1962 beschlossenen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

10.10.1962 – In Göttingen demonstrieren 8.000 niedersächsische Bauern gegen das so genannte „Professoren-Gutachten“, das eine Senkung der deutschen Getreidepreise befürwortet.

1963

Februar 1963 – Im „Grünen Plan“ werden erstmals 100 Millionen DM Bundeszuschüsse für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung eingestellt.

26./27.09.1963 – Deutscher Bauernntag in Hamburg mit Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

16.10.1963 – Der Deutsche Bundestag wählt Ludwig Erhard (CDU) zum Bundeskanzler.

Der Deutsche Bauernverband und die Politik

Dr. Helmut Born und Adalbert Kienle

Anlässlich der Verabschiedung des DBV-Präsidenten Constantin Freiherr Heereman im Frühjahr 1997 schrieb der langjährige Wirtschaftsstaatssekretär Prof. Dr. Otto Schlecht dem landwirtschaftlichen Berufsstand ins Stammbuch: „Existenz und Vertretung bestimmter Gruppeninteressen sind nur so lange legitim, wie das Gemeinwohl nicht aus den Augen verloren wird.“

Dem landwirtschaftlichen Berufsstand ist oft vorgeworfen worden, dass er die Sonderinteressen der Bauern über die Interessen der Allgemeinheit stelle. Besonders krass wurde dies so bei der BSE-Krise von der damaligen Bundesregierung – voran der Verbraucherministerin – vermittelt. Die „konventionellen“ Landwirte wurden zu Bösewichten gemacht. Die Interessenvertretung der Bauern müsse an Einfluss verlieren, hieß es damals.

Doch die Nachbetrachtung der BSE-Krise weist, dass die Interessenvertretung der Bauern im richtigen Moment verantwortungsbewusst gehandelt hat. Jedenfalls war bereits zwei Jahre nach dem ersten BSE-Fall in Deutschland das Grundvertrauen in der Bevölkerung zur deutschen Land- und Ernährungswirtschaft wiederhergestellt. Dies lag an der raschen Neuausrichtung des Bundesministeriums und an den gesetzlichen Maßnahmen. Wesentlich beigetragen hat genauso die vom DBV vorangetriebene stufenübergreifende Zusammenarbeit von Futtermittelwirtschaft, Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Lebensmitteleinzelhandel zur Sicherstellung von Qualität und Rückverfolgbarkeit bei der Erzeugung der Nahrungsmittel. Die Gemeinwohlorientierung ließe sich genauso überzeugend

an den positiven – und vom „Markt“ nicht belohnten – Leistungen der Landwirtschaft für die Erhaltung der Kulturlandschaft und Umwelt belegen.

Stets alle Register gezogen

Der Bauernverband ist jedoch kein ideeller Verein, sondern „ein Berufsverband, dessen zentrale Aufgabe darin besteht, zum Wohle seiner Mitglieder ‚pressure‘ zu erzeugen“, wie es in einer Studie der Bertelsmann Stiftung heißt. Seit dem Gründungsjahr 1948 galt es, eklatante Benachteiligungen einer zusehends in Bedrängnis geratenen und schrumpfenden gesellschaftlichen Gruppe auszugleichen.

Der Berufsstand hat dabei stets alle Register der Verbandsarbeit gegenüber Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gezogen. Er hat zunächst Verhandlungslösungen gesucht, Netzwerke gepflegt und die Medien in seinem Sinne informiert. Nur nach reiflicher Überlegung haben sich die DBV-Präsidenten zu Demonstrationen entschlossen, dann aber mit bis zu 50.000 Teilnehmern. Dies aus der Einsicht, dass in einer pluralistischen Gesellschaft Maßnahmen des direkten öffentlichen Drucks nur die Ultima Ratio sein können.



DBV-Präsident Gerd Sonnleitner (vorne Mitte) mit seinen Vizepräsidenten Franz-Josef Möllers, Westfalen-Lippe, Norbert Schindler, Rheinland-Pfalz Süd, Udo Folgart, Brandenburg, und Werner Hilse, Niedersachsen (v. l. n. r.).

Foto: Frank Ossenbrink

Die unmittelbaren gestalterischen Möglichkeiten waren wohl in den frühen Jahren des Berufsstandes am größten. Die Verbandspolitik war damals ganz auf die Bewältigung der Ernährungs- und Versorgungssicherung mit Nahrungsmitteln, aber auch die Bereitstellung von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln, Landmaschinen und Treibstoff für die Landwirtschaft konzentriert.

Ab Mitte der 50er Jahre und in immer dichter Folge in den 60er und 70er Jahren folgten dann die großen nationalen Gesetzeswerke zur Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Bauern in Deutschland. Langen Streit gab es um das Landwirtschaftsgesetz mit seinen verklau-sulierten Paritätsgedanken – das 1955 verabschiedete Gesetz wurde im Berufsstand eher mit Enttäuschung aufgenommen. Epochal waren der Aufbau einer landwirtschaftlichen Altershilfe 1957 und der konsequente Ausbau eines eigenständigen sozialen Sicherungsnetzes für die Bauern, mit dem Schlussstein der landwirtschaftlichen Krankenversicherung 1972. Ende der 60er Jahre folgten das Marktstrukturgesetz, das Absatzfondsgesetz und die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.

Zwischenzeitlich war der EWG-Vertrag geschlossen worden, der die Gemeinschaft darauf verpflichtete, den Landwirten die Teilnahme an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen und eine markt- und wettbewerbsorientierte Agrarpolitik zu betreiben. Die 70er und 80er Jahre ließen die wesentlichen Eckpfeiler der nationalen und europäischen Umwelt- und Naturschutzgesetzgebung entstehen. Schließlich erlebten die Bauern in den fünf neuen Bundesländern nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung im Zeitraffer die Umsetzung und Anpassung der gesamten Sozial-, Struktur- und Marktordnungsgesetze mit rascher Folge von zwei Währungsreformen, von der DDR-Mark zur D-Mark und von dort zum Euro.

Anliegen der Bauernfamilien ist Triebfeder für jede Verbandsarbeit

Zu all diesen fundamentalen wie diffizilen Gesetzen und Verordnungen – ihrer Entstehung und Umsetzung – hat der DBV die Zusammenarbeit mit Bundestag und Bundesrat, Bundesregierung und Landesregierungen wie auch der Ministerialverwaltung und der Verwaltung vor Ort gesucht und gepflegt. Die wesentlichen Grundprinzipien für diese Verbandsarbeit lassen sich in diesen Punkten zusammenfassen:

- Vom Präsidenten, den „Ehrenamtlichen“ und „Hauptamtlichen“ wird hohe Kompetenz in

der Sache wie im gesellschaftlichen Dialog verlangt. Deshalb misst der Bauernverband der fachlichen Profilierung und Persönlichkeitsbildung seiner Führungskräfte und Mitarbeiter durch seine Akademien und Weiterbildungseinrichtungen größte Bedeutung bei.

- Durch seine föderale Gliederung ist der Bauernverband auf allen politischen Ebenen – von der Kommune über die Landesebene, Bundesebene bis zur Europäischen Union – als Gesprächs- und Verhandlungspartner authentisch präsent.
- Nichts geht in der Verbandspolitik ohne positiv gestimmte Ansprechpartner in demokratischen Parteien, Parlamenten, Verwaltung, Verbänden und Kirchen. „Networking“ ist im Deutschen Bauernverband notwendiger und gelebter Alltag.
- Erfolgreiche authentische Interessenvertretung setzt die ständige Rückkopplung bis zum einzelnen Mitglied voraus. Ob auf Konfliktstrategien oder Verhandlungslösungen gesetzt wird, stets muss das Anliegen der Bauernfamilien Triebfeder der Verbandsarbeit sein.

Es ist das große Verdienst aller Präsidenten und hauptamtlichen Verantwortungsträger im DBV, über so lange Zeit nach diesen Prinzipien erfolgreiche Verbandspolitik definiert und umgesetzt zu haben. Ob bauernfreundliche oder bauernferne Mehrheiten in Bundestag und Bundesregierung das Sagen hatten, es gelang immer wieder, divergierende Kräfte im landwirtschaftlichen Berufsstand zu bündeln. Bei „übergreifenden“ Themen der Sozial-, Steuer- oder auch Umweltpolitik war das einfacher, bei speziellen Anliegen einzelner Produktbereiche, wie heute der Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen, wird es schwieriger. Mehr fachliche Selbstständigkeit bei gleichzeitig verlässlicher Einbindung in die gewachsenen DBV-Gremien macht es aber möglich. Letztendlich haben Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe, die größeren Unternehmen in den neuen Bundesländern wie die kleiner strukturierten Sonderkulturbetriebe im Südwesten, die konventionellen wie ökologisch wirtschaftenden Betriebe, die Veredelungsregionen wie die Bördegebiete ihre Heimat im DBV behalten.

Wie sagte Prof. Schlecht als langjähriger kritischer Beobachter des DBV: „Ihm kommt das Verdienst zu, die soziale Lage der Landwirte, das Anpassungsverhalten der Landwirtschaft, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion harmonisch verbunden zu haben.“ Besser kann man nicht sagen, dass der Bauernverband bei aller Verfolgung seiner Gruppeninteressen auch das Gemeinwohl nicht aus dem Auge verloren hat.

01.12.1963 – Der Deutsche Bauernverband bezieht das „Andreas-Hermes-Haus“ in Bonn-Bad Godesberg.

1964

01.11.1964 – „Erstes Gesetz zur Änderung der Höfeordnung“ (In der gesetzlichen Erbfolge wird der Vorrang des männlichen Geschlechts beseitigt).

15.12.1964 – EWG-Ministerrat einigt sich auf erste gemeinsame Getreidepreise (Senkung der deutschen Preise um 10 bis 15 Prozent).

1965

14. bis 17.07.1965 – Deutscher Bauerntag in Düsseldorf mit Bundeskanzler Dr. Ludwig Erhard

09.09.1965 – EWG-Anpassungsgesetz als Ausgleich für Getreidepreissenkung

26.10.1965 – Hermann Höcherl (CSU) wird neuer Bundeslandwirtschaftsminister.



Die Technisierung schreitet immer weiter voran.

Foto: aid

1966

27.01.1966 – Landwirtschaftliche Spitzenverbände unter Führung des DBV gründen die Absatzförderungseinrichtung GAL („Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch“)

01.12.1966 – Der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger (CDU) wird zum Bundeskanzler gewählt und bildet eine Große Koalition.

1967

Februar 1967 – Fredeburger Denkschrift über landwirtschaftliche Familienbetriebe

07.03.1967 – „Außerordentlicher Bauerntag“ in der Dortmunder Westfalenhalle mit fast 30.000 Bauern; Protest gegen Etatkürzungen bei den für die Getreidepreissenkung zugesagten Ausgleichsmitteln des Bundes

01.07.1967 – Beginn gemeinsamer Agrarpreise für die meisten Produkte

01.07.1967 – Fusion der „Europäischen Gemeinschaften“ (EG) tritt in Kraft.

19. bis 22.07.1967 – Deutscher Bauerntag in München mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Alfons Goppel

1968

- 01.01.1968 – Mehrwertsteuergesetz tritt in Kraft – 5 Prozent Pauschalsteuersatz für Landwirtschaft
- 10.06.1968 – Das DBV-Präsidium verabschiedet Leitsätze zur Strukturpolitik.
- 01.07.1968 – Einführung der gemeinsamen EG-Marktorganisation Zucker
- 21.12.1968 – „Mansholt-Plan“: Die finanzielle Förderung soll auf entwicklungsfähige Betriebe beschränkt, die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten mittelfristig auf die Hälfte vermindert und in zehn Jahren durch Strukturwandel das Marktgleichgewicht hergestellt werden.

1969

- 28.01.1969 – DBV-Präsident Rehwinkel tritt aus gesundheitlichen Gründen und aus Enttäuschung über das Verhalten der Bundesregierung zurück. Bis zur Wahl eines neuen Präsidenten übernehmen die drei Vizepräsidenten Otto Freiherr von Feury als Sprecher (Bayern), Bernhard Bauknecht (Württemberg und Hohenzollern) und Otto Andres (Rheinland-Nassau) die Führung des DBV.
- 05.03.1969 – Gustav Heinemann (SPD) wird Bundespräsident.
- 12.05.1969 – Gesetz zur Neuregelung der Gemeinschaftsaufgaben
- 20.06.1969 – Deutscher Bauerntag in Mainz mit Bundesfinanzminister Dr. Franz-Josef Strauß (CSU)
- 01.07.1969 – Absatzfondsgesetz
- 03.09.1969 – Marktstrukturgesetz
- Oktober 1969 – Einführung einer Prämienregelung für die Schlachtung von Milchkühen und die Nichtvermarktung von Milch
- 21.10.1969 – Willy Brandt (SPD) wird zum Bundeskanzler gewählt.
- 22.10.1969 – Josef Ertl (FDP) wird zum Bundeslandwirtschaftsminister ernannt.
- 11.11.1969 – Die 34. Mitgliederversammlung des DBV fordert ausreichenden Grenzausgleich im innergemeinschaftlichen Agrarwarenverkehr.
- 19.12.1969 – Constantin Freiherr Heereman, Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, wird zum DBV-Präsidenten gewählt. Vizepräsidenten: Carl Dobler (Württemberg-Baden), Otto Freiherr von Feury (Bayern), Edgar Janson (Pfalz), Hans-Jürgen Klinker (Schleswig-Holstein).

1970

- 01.01.1970 – Die CMA nimmt ihre Tätigkeit auf.
- 19.03.1970 – Erstes Treffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph in Erfurt
- 17.09.1970 – Das Bundeskabinett verabschiedet ein Sofortprogramm zum Umweltschutz.

Der Deutsche Bauernverband und die Märkte

Dr. Helmut Born und Adalbert Kienle

„Wegen der Schwierigkeiten, die ein Zustand dauernder Überproduktion mit sich brächte, soll die Marktpolitik ein Gleichgewicht zwischen der Produktion und den Absatzmöglichkeiten innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft anstreben.“ So begründete 1960 die EWG-Kommission ihre Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Doch derzeit, also fast 50 Jahre später, spricht niemand von Überschüssen. Die Sorge gilt einer weltweiten Verknappung der Lebensmittel, mancherorts regelrechten „Hungerrevolten“. Zum letzten Mal gab es das gleich nach dem Zweiten Weltkrieg. Daran hat sich nichts geändert: Nahrungsmittel wecken tiefe Emotionen. Bewegen sich Agrarmärkte zu heftig, reagieren Öffentlichkeit und Politik ungehalten. Deutschland unterscheidet sich kaum von europäischen Nachbarn und die EU kaum von Nordamerika oder den Schwellenländern in Asien.

Struktur- und Marktfrage bestimmen Arbeit des DBV

Die berufsständische Arbeit des DBV ist seit jeher neben der „Strukturfrage“ durch die „Marktfrage“ bestimmt worden. Mehrfach wurden die eigenen Positionen neu justiert, ohne das eigentliche Ziel, nämlich kosten- oder gewinnorientierte Preise, aufzugeben. In den frühen Nachkriegsjahren verwehrte noch der Staat den deutschen Landwirten den Zugang zu hö-

heren Weltmarktpreisen (aktuell ergeht es so den Landwirten in Argentinien). Doch bald schon erfasste das deutsche Wirtschaftswunder auch die deutsche Landwirtschaft. Unterstützt durch den Grünen Plan wurden zweistellige Wachstumsraten in der Produktivität erreicht. Auch wurden erstmals Exporte in die europäischen Nachbarstaaten getätigt, also „Überschüsse“ produziert.

Mit der Gründung der EWG in den 60er Jahren gerieten die deutschen Bauern unter einen harten innereuropäischen Preis- und Wettbewerbsdruck, verschärft durch wiederholte Währungswirren. Die Marktordnungspolitik der Europäischen Gemeinschaft wurde zunehmend auf die Einkommenssituation der Landwirte ausgerichtet. Der DBV konnte im Verein mit COPA spürbare Preisverbesserungen für Getreide, Rindfleisch, Butter und Magermilchpulver durchsetzen. Bevölkerung und Politik akzeptieren eine umfängliche staatliche Vorratshaltung ebenso wie Exporterstattungen und auch spürbare Absatzhilfen auf dem europäischen Binnenmarkt. Kritik von Wissenschaftlern oder dem Verbraucherverband – der



Vor allem die 70er Jahre waren geprägt von zahlreichen Bauerndemonstrationen in Bonn (im Bild), Brüssel und Strassburg mit bis zu 50.000 Teilnehmern.

Foto: Associated Press

damals auf „billig“ setzte – prallte an den Marathon-Agrarpreisverhandlungen der Agrarminister ab.

Nach den EU-Erweiterungen in den 70er und 80er Jahren in den Norden und Süden Europas hinein und verstärkt durch die handelspolitischen Auseinandersetzungen in der GATT-Runde schwoll die Kritik an der Agrarmarktpolitik der EU an. Zugleich machten Bauerndemonstrationen in Frankreich, Deutschland und Italien die Unzufriedenheit über unzureichende Einkommen deutlich.

Der DBV hat damals zusammen mit der Bundesregierung nachdrücklich dafür gekämpft, eine Verbesserung der Erzeugerpreise durch die Ausweitung staatlicher Mengengerulierung sicherzustellen. „Für Marktausgleich – gegen Preissenkung“ wurde für lange Zeit zur zentralen Botschaft. Die Einführung der Milchquoten im Frühjahr 1984 steht dafür, im Ackerbau eine drastische Flächenstilllegungsregelung. Auch im Weinbau und einigen Sonderkulturen wurden Flächenbegrenzungen eingeführt oder ausgebaut. Der Angebotsdruck sollte bei kaum noch wachsender Binnenmarktnachfrage gedrosselt und kostendeckende Preise handelspolitisch tolerabel gemacht werden.

Marktpolitische Maßnahmen und ihre Grenzen

Nach anfänglichen beachtlichen Erfolgen wurde die Begrenztheit dieser marktpolitischen Maßnahmen immer deutlicher, als mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der deutsch-deutschen Einigung die Erweiterung der EU nach Mittelosteuropa möglich wurde. Mit der zunehmenden Globalisierung gingen eine schrittweise „Entstaatlichung“ der Agrarmarktpolitik der EU und eine deutliche Öffnung des EU-Binnenmarktes gegenüber dem Weltmarkt einher.

Die in drei Reformschritten seit 1992 durchgesetzte Liberalisierungs- und Öffnungspolitik war begleitet von großen Ängsten der Landwirte in Deutschland. Über zwei Generationen hinweg hatte man den Weltmarkt stets als Bedrohung der eigenen Absatzsituation, ja der Existenz empfunden. Man befürchtete eine Entwertung des bäuerlichen Wirtschaftens und hatte keinen Glauben an verlässliche dauerhafte Einkommensübertragungen. Hart waren die Auseinandersetzungen des DBV mit der nationalen und europäischen Politik.

Dass der Weltmarkt und die Entkopplungspolitik der EU für die Bauern zunehmend ihre Schrecken verloren haben, ist eine neue und erfreuliche Erfahrung für die verbandliche Marktpolitik. Vor allem das Wirtschaftswachstum in den bevölkerungsreichen Schwellenländern Asiens und Südamerikas und die klimaschutzgetriebene Renaissance der Bioenergie haben einen grundlegenden Wandel der Agrarmärkte ausgelöst. In der Folge hat der DBV seine Posi-

tionen zur Marktpolitik mit der gebotenen Vorsicht korrigiert und weiterentwickelt.

Im Zusammenhang mit der Agrarreform 2003/2004 wurde die Entkopplung staatlicher Direktiven von jeglicher Marktbeeinflussung ebenso akzeptiert wie die Einbeziehung des Zucker-, Obst-, Gemüse- und Weinmarktes in diesen wettbewerbsorientierten Ansatz. Auch die Festlegung des Bauerntages 2007 in Bamberg auf die Beendigung der Quotenregelung Milch im Jahre 2015 gehört in diesen Zusammenhang.

Jetzt zählt Risikomanagement

Aber Märkte werden auch künftig nicht nur Schokoladenseiten haben. Das Auf und Ab der Erzeugerpreise wird heftiger und kann – verstärkt noch durch Finanzspekulationen – zum Problem für Verbraucher, Landwirte und Politik werden. Risikovorsorge und Risikomanagement auf den Märkten sind zur neuen Agenda des Berufsstandes geworden. So gesehen wird der entkoppelte Direktausgleich zu einer Grundabsicherung für den einzelnen Betrieb, um mit volatileren Märkten fertig werden zu können. Zugleich gewinnt die alte und stets neue Frage nach der Einhaltung der „natürlichen Bedingungen“ für das Tun der Landwirte eine Marktrelevanz. Wenn etwa die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien als Voraussetzung für die Teilnahme am Weltbiokraftstoffmarkt ernsthaft vorgeschlagen wird, so ist dies ein gutes Zeichen.

Wenn derzeit auch in Deutschland wieder Kongresse zur Nahrungs- und Rohstoffsicherheit durchgeführt werden, ist dies ein klarer Hinweis darauf, dass die Politik das „tägliche Brot“ keinesfalls vollkommen den freien Märkten überlassen wird. Für den DBV werden dies entsprechend die marktpolitischen Prioritäten sein:

- Notwendig ist die politische Gestaltung zumindest eines größeren Rahmens freierer Agrarmärkte durch die EU. Ein unteres Auffangnetz, ergänzt durch einen moderaten, aber wirksamen Außenschutz, darf in der WTO nicht aufgegeben werden.
- Die Verbandspolitik ist deutlich stärker auf die Unterstützung der Landwirte oder Erzeugergruppen in den Marktprozessen zu konzentrieren; dazu gehören die Gründung und der Ausbau von Erzeugergemeinschaften sowie die Erneuerung der genossenschaftlichen Idee auch für national und international ausgerichtete ernährungswirtschaftliche Unternehmen.
- Die Preis- und Gesundheitsorientierung der deutschen Verbraucher und die Konzentration des Lebensmitteleinzelhandels müssen Veranlassung sein, die Werthaltigkeit nachhaltiger erzeugter Nahrungsmittel als Leistung der Bauernfamilien offensiv in der gesamten PR-Arbeit des Berufsstandes nach vorne zu stellen und die Arbeit der CMA neu auszurichten.

26.10.1970 – „Ertl-Programm“ zur einzelbetrieblichen Förderung als Gegenvorschlag zum „Mansholt-Plan“

1971

23.03.1971 – COPA-Demonstration in Brüssel mit 100.000 Bauern gegen die Preisvorschläge der EG-Kommission

03.05.1971 – Walter Ulbricht tritt vom Amt des ersten Sekretärs des Zentralkomitees zurück. Nachfolger wird Erich Honecker.

07. bis 10.07.1971 – Deutscher Bauerntag in Kiel mit Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) und Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl (FDP)

1972

11.02.1972 – Etwa eine halbe Million Landwirte demonstrieren im gesamten Bundesgebiet gegen die Brüsseler Agrarpreispolitik.

Juni 1972 – Der „Club of Rome“ veröffentlicht die Studie „Grenzen des Wachstums“.

24.07.1972 – Tierschutzgesetz

10.08.1972 – Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG)

1973

01.01.1973 – Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich treten der Europäischen Gemeinschaft bei.

02.05.1973 – Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Bundeswaldgesetz.

04. bis 07.07.1973 – Deutscher Bauerntag in Stuttgart mit Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl (FDP)

25.11.1973 – Verordnung über Fahrverbote an Sonntagen und über Geschwindigkeitsbegrenzungen tritt in Kraft (erster Ölschock).



DBV-Präsident Constantin Freiherr Heereman mit Bundeskanzler Helmut Schmidt, DBV-Vizepräsident Otto Freiherr von Feury, Bayern, und Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl (v.r.n.l.).

1974

18.01.1974 – Der Bundestag verabschiedet das Bundesimmissionsschutzgesetz.

15.05.1974 – Walter Scheel (FDP) wird zum Bundespräsidenten gewählt.

16.05.1974 – Helmut Schmidt (SPD) wird Bundeskanzler – Josef Ertl (FDP) bleibt Landwirtschaftsminister.

09./10.12.1974 – Der „Europäische Rat“ wird gegründet.

1975

28.02.1975 – Lomé-Abkommen zwischen der EG und 46 Staaten Afrikas, des karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans (AKP) u. a. mit zoll- und kontingentfreiem Zugang zum europäischen Markt und für 94,2 Prozent der Agrarexporte

28.04.1975 – EG-Bergbauernprogramm

02. bis 05.07.1975 – Deutscher Bauerntag in Wiesbaden mit Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl

1976

03.10.1976 – Bei den Wahlen zum 8. Deutschen Bundestag bleibt es bei einer SPD-/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt.

20.12.1976 – Bundesnaturschutzgesetz tritt in Kraft.

1977

22. bis 25.06.1977 – Deutscher Bauerntag in Hannover mit Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl

Juni 1977 – Einführung der Nichtvermarktungs- und Umstellungsprämie bei Milch

1978

17.12.1978 – Zweiter „Ölschock“ nach 1973/74

1979

13.03.1979 – Das Europäische Währungssystem (EWS) tritt in Kraft.

23.05.1979 – Prof. Karl Carstens (CDU) wird zum Bundespräsidenten gewählt.

07. bis 10.06.1979 – Erste Direktwahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments

04. bis 07.07.1979 – Deutscher Bauerntag in Münster mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP)

1980

April 1980 – Bundesminister Josef Ertl kündigt Maßnahmen des Steuerrechts gegen „unerwünschte Tierbestandsgrößen“ und „flächenunabhängige Veredlung“ an.

05.10.1980 – Bei den Bundestagswahlen erhalten CDU/CSU 44,5 Prozent der Stimmen, die SPD erhält 42,9 und die FDP 10,6 Prozent.

1981

01.01.1981 – Griechenland tritt als zehntes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft bei.

01.07 bis 05.07.1981 – Deutscher Bauerntag in Trier mit Bundespräsident Professor Karl Carstens

Der Deutsche Bauernverband und die Gesellschaft

Anton Blöth

Jetzt ist wieder Fußball-Europameisterschaft. Auf den Pausenhöfen ist wieder die Zeit der Sammelbilder. Die Sammel-Heftechen sind so etwas wie der Grundkurs Marktwirtschaft für unsere Kleinen, schrieb vor ein paar Tagen die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. Wer noch nicht im Heft klebt, wird „wertvoll“, weil die Nachfrage zunimmt. Die Wertschätzung steigt, wenn das Angebot knapp wird. Beobachten wir das derzeit nicht auch in der Landwirtschaft?

Die Frage reicht viel tiefer, als der erste Blick vermuten lässt. Zumindest soll sie den Blick auf die gesellschaftliche Verankerung der Bauern in Deutschland richten. Manch einer verhiieß den Bauern und der heimischen Agrar- und Ernährungswirtschaft das gleiche Schicksal wie der Streichholzindustrie nach Erfindung des Feuerzeuges: Abmarsch in die Bedeutungslosigkeit!

„Brot und Spiele“

Es mag ja richtig sein, dass die Zahl der Bauern in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat, ebenso der originäre Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Bruttosozialprodukt. Auch in den Dörfern ist dieser Strukturwandel wirtschaftlich, soziokulturell und kulturell nicht spurlos vorbeigegangen. Deutschland ist eine komplexe Industrie- und Dienstleistungsnation geworden, in der andere Werte und Problemstellungen, Märkte und Produktionszweige und damit andere politische Agenden dominieren als noch vor 30 oder 50 Jahren. Doch haben nicht die jüngsten Debatten um weltweite Nahrungsmittelkrisen wieder einmal belegt, was bereits seit den Römern Binsenweisheit ist, dass es „Brot und Spiele“ sind, die die Menschen wirklich bewegen? Muss es nicht erstaunen – und mancher im Verband hat sich die Augen gerieben –, dass die kräftige Erhöhung der Butterpreise im Sommer des letzten Jahres die Schlagzeile aller Tageszeitungen war? Man könnte sich die Sache ja einfach machen und sagen, der Bauernverband hat gute Arbeit geleistet, diese tiefe Verankerung der Themen Ernährung und Landwirtschaft zu halten. Dies alles zeigt nur, die Bauern bewegen sich mit ihren Produkten und Leistungen seit jeher auf wichtigen gesellschaftspolitischen Feldern, zu denen in letzter Zeit mit Energie und Klima noch weitere dazugekommen sind. Es sind vor allem auch in hohem Maße emotional besetzte Felder, die sich einer rein ökonomischen und rationalen Herangehensweise verschließen. All das klingt vielleicht pathetisch, mag einen vielleicht auch dem Vorwurf der Überhöhung des



„Tage des offenen Hofes“, bei denen Landwirte ihre Höfe den Verbrauchern und insbesondere auch Kindern öffnen, ermöglichen ein hautnahes Kennenlernen moderner Landwirtschaft.

Foto: SLB

Bauernstandes aussetzen, um seine Daseinsberechtigung zu untermauern. Fest steht aber, dass Landwirtschaft immer noch und auch in Zukunft im gesellschaftspolitischen Blickfeld – im wahrsten Sinne des Wortes in aller Munde – bleiben wird. Das ist Herausforderung und Verpflichtung, Chance und Gefahr zugleich.

Die Renaissance und die Bringschuld der Landwirtschaft

Es gibt aufmerksame Begleiter der Agrarbranche, die von einer „Wiedergeburt“ des Themas Landwirtschaft insbesondere als öffentlich-mediales Thema sprechen und dies exakt mit einem Datum verbinden können; und zwar mit dem 24. November 2000, als in Schleswig-Holstein das erste in Deutschland geborene BSE-Rind gemeldet wurde. Sie sagen, vorher verdümpelte das Thema zusehends, wurde eher im stillen Kämmerlein Agrarpolitik gemacht und selbst die Bauern waren auf dem Weg in die Abnabelung von der Gesellschaft, hinein in die Stille

der Antragsbürokratie in ihren Büros sowie der abgeschirmten Tierställe. Sie sagen auch, diese „Wiedergeburt“ habe etwas mit einer Bundesministerin Künast zu tun gehabt, die das Thema äußerst polarisierend und eher gesellschaftspolitisch, weniger fachlich aus dem Dornröschenschlaf geholt hat. Da ist vielleicht etwas dran und wären die deutschen Bauern alle Öffentlichkeitsarbeiter, könnten sie vielleicht auch Gefallen an dieser These finden. Daran sieht man aber auch die Gefahren, die damit verbunden sind, wenn man auf Feldern mit hoher gesellschaftspolitischer Relevanz ackert; noch dazu, wenn auf diesen Feldern mehr und mehr Menschen immer weiter von der Landwirtschaft, von der betrieblichen, pflanzenbaulichen oder tierzüchterischen Praxis entfernt sind. Dann werden Erwartungen auf die Arbeit der Bauern projiziert, die erst einmal wenig mit der konkreten Situation und Perspektive des Landwirts in Gleichklang zu bringen sind. Soll man das beklagen, soll man dagegen gar ankämpfen? Man sollte zumindest einen Fehler nicht begehen: Das abnehmende Wissen über Landwirtschaft und Ernährung als tadelnden Vorwurf an Verbraucher, Politik und Medien zu richten. Vielmehr gibt es eine stetige und ständig größer werdende „Bringschuld“ der Agrar- und Ernährungsbranche selbst. Was in der BSE-Zeit schmerzlich klar wurde, war das deutliche Auseinanderklaffen zwischen den tatsächlichen Strukturen und Arbeitsweisen einer modernen Land- und Ernährungswirtschaft und dem Wissen oder dem romantisierenden Vorstellungsbild von Politikern, Medien und Verbrauchern über die Land- und Ernährungswirtschaft. Darin liegt sicherlich ein Grund für die damaligen heftigen Überreaktionen. Hieraus ergibt sich aber auch die Verpflichtung für eine aktive und offensive berufsständische Kommunikationsarbeit. Zu dieser heutigen offenen und modernen Gesellschaft gehören nun mal auch die Medien. Was früher in der Familie oder über Stammtische an Wissen und Argumenten vermittelt werden konnte, wird heute über Internetforen, Ratgebersendungen und PR-Kampagnen ausgetauscht. Deshalb ist und bleibt die Öffentlichkeitsarbeit ein Garant für die gesellschaftliche Verankerung der deutschen Landwirtschaft.

Verband muss Lösungen entwickeln

Die andere, weitaus schwierigere Aufgabe ist es, die gesellschaftlichen Anforderungen mit den Anliegen der Landwirtschaft in Einklang zu bringen. Hier kommen auf einer abstrakten Ebene Verpflichtung und Verantwortung gerade auch von Verbänden mit ins Spiel. Auf der konkreten Ebene geht es um das möglichst frühzeitige Aufspüren von dem, was auf die Bauern zukommt, aber auch um das Entwickeln und Aushandeln von Regelungen und Instrumenten, in denen sich gesellschaftliche und landwirtschaftliche Anliegen wiederfinden.

Kultur auf dem Lande

Die Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ unter Vorsitz der Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann hat in ihrem Bericht auch der Kultur auf dem Lande ein Kapitel gewidmet. Darin wird festgehalten, dass es ein breites Spektrum kultureller Veranstaltungen und Aktivitäten auf dem Lande gibt, überwiegend getragen vom ehrenamtlichen Engagement. Dies sei ein „Pfund“, das dem Gemeinwesen kulturelle Stabilität und eigenständige Identität sichert. Auch aus den Bauernfamilien und dem landwirtschaftlichen Berufsstand entstammen zahlreiche kulturelle Aktivitäten. Ohne die Mithilfe der Bauernfamilien könnten zahlreiche kulturelle Veranstaltungen auf dem Lande nicht stattfinden. Von den ländlichen Heimvolkshochschulen gingen vielfältige kulturelle Impulse aus. Aktivposten ländlicher Kulturarbeit sind vor allem auch Landfrauen und Landjugend.

Der DBV hat sich diesen Aufgaben stets gestellt. Auch und gerade deshalb, weil er dazu die Befugnis von seinen Mitgliedern erhalten hat. Anwalt und Sprachrohr für die Menschen in der Landwirtschaft zu sein, heißt dann eben nicht nur zu verteidigen, sondern auch Lösungen zu entwickeln, die eher den gesellschaftspolitischen Umständen, Entwicklungen und Maßstäben geschuldet sind. Es ist nicht einfach, im Wissen um politische oder auch wirtschaftliche Erfordernisse und Entwicklungen Mitglieder darauf vorzubereiten, sie dafür zu sensibilisieren und deren Mitwirkung dabei zu organisieren. Als ein Beispiel kann die Installation des QS-Systems angeführt werden, das beileibe keinen Jubel in der Landwirtschaft hervorruft, das aber als Antwort auf die gestiegenen Sensibilitäten im gesundheitlichen Verbraucherschutz seit Auftreten des ersten BSE-Falles in Deutschland auf maßgebliches Betreiben des DBV hin installiert wurde. Auch der Bamberger Milchbeschluss des letzten Jahres steht in dieser Tradition einer vorausschauenden Verantwortlichkeit des DBV. Erinnert sei auch daran, dass der DBV beispielsweise im Jahr 1996 eine Tierschutzethikkommission einberufen oder im Jahr 2000 ein Grünbuch zur Nachhaltigen Landwirtschaft vorgelegt hat. Heute begegnen uns die Themen Ethik und Nachhaltigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion an jeder Ecke. Marktforscher haben diesbezüglich gar einen neuen gesellschaftlichen Trend bzw. eine neue relevante Käuferschicht ausgemacht. Die deutschen Bauern werden damit umgehen können, die berufsständische Orientierung war rechtzeitig gesetzt. Das zeichnet einen Berufsstand und seinen Verband im Wandel aus.

1982

30.03.1982 – 10.000 Bauern demonstrieren in Brüssel für eine Preisanhebung der Marktordnungsprodukte.

01.10.1982 – Dr. Helmut Kohl (CDU) wird Bundeskanzler – Josef Ertl (FDP) wird erneut Bundeslandwirtschaftsminister.

1983

06.03.1983 – Bei den Wahlen zum 10. Deutschen Bundestag gelingt der Partei „Die Grünen“ erstmals der Einzug. DBV-Präsident Baron Heereman wird Mitglied des Deutschen Bundestages.

30.03.1983 – Dr. Helmut Kohl wird zum Bundeskanzler gewählt. Das Landwirtschaftsressort übernimmt Ignaz Kiechle (CSU).

29.06 – 02.07.1983 – Deutscher Bauerntag in Freiburg mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

1984

31.01.1984 – Ost-Berlin: Erstes offizielles Treffen zwischen Vertretern des DBV und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) der DDR

30./31.03.1984 – Weitreichende Beschlüsse des EWG-Ministerrates – u. a. Senkung der Marktordnungspreise um 1 Prozent, Einführung der Milchquoten, Herauskaufaktion und Abbau des positiven Grenzausgleichs

25./26.06.1984 – EU-Gipfel in Fontainebleau (Frankreich): Die britische Premierministerin Margaret Thatcher setzt einen Rabatt auf die britischen Zahlungen an die EU durch.

01.07.1984 – Richard von Weizsäcker tritt sein Amt als Bundespräsident an.

29.07.1984 – EG-Programm zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

22.12.1984 – Erster BSE-Fall in Großbritannien



Deutschland hat sich heute zum Milchland Nr. 1 in Europa entwickelt.

Foto: DBV

1985

04.03.1985 – 8.000 Landwirte demonstrieren in Kiel gegen die Agrarpreisvorschläge der EG.

11.03.1985 – Michail Gorbatschow wird neuer Generalsekretär der KPdSU.

- 03.07. bis 06.07.1985 – Deutscher Bauern- tag in Ludwigshafen mit Bundeslandwirt- schaftsminister Ignaz Kiechle
- 09.07.1985 – Das Bundesgesundheits- ministerium spricht eine Warnung vor dem Genuss österreichischer Weine aus – Entde- ckung von Diäthylenglykol (Frostschutz- mittel).
- 19./20.12.1985 – Der Rat beschließt ab dem 01.01.1988 Verbot von Hormonen in der Tiermast.

1986

- 01.01.1986 – Das Dritte Agrarsoziale Ergän- zungsgesetz (ASEG) tritt in Kraft – Beginn der Neuorientierung in der Agrarsozialpoli- tik.
- 01.01.1986 – Portugal und Spanien treten der Europäischen Gemeinschaft bei.
- 21.05.1986 – Die Bundesregierung verab- scheidet eine Soforthilfe für Landwirte in- folge des Reaktorunglücks in Tschernobyl.
- 06.06.1986 – Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicher- heit wird gebildet.
- 20.09.1986 – Beginn der Uruguay-Runde des GATT in Punta del Este

1987

- 19.01.1987 – Eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages legt einen Bericht über Chancen und Risiken der Gentechno- logie vor.
- 25.01.1987 – Wahlen zum 11. Deutschen Bundestag
- 01.06.1987 – Die „Einheitliche Europäische Akte“ tritt in Kraft (Festlegung der endgül- tigen Vollendung des Binnenmarkts auf den 1.01.1993).
- 01.07 bis 05.07.1987 – Deutscher Bauern- tag in Aachen; Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle wurde eingeladen.

1988

- 11./12.02.1988 – EU-Gipfel in Brüssel: Eine Höchstgrenze für Agrarausgaben sowie Garantimengen für Getreide und Ölsaaten werden festgelegt; freiwillige Flächenstill- legungs-, Extensivierungs- und Vorrueh- standsregelungen für Landwirte.
- 15.11.1988 – Gemeinsame Erklärung des DBV und des Vorstandes der Chemischen Indus- trie über die Entwicklung des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe

1989

- 29.05.1989 – Fusion des Bauernverbandes Württemberg-Baden mit dem Landes- bauernverband für Württemberg und Ho- henzollern zum „Landesbauernverband in Baden-Württemberg“
- 05. bis 09.07.1989 – Deutscher Bauern- tag in Würzburg mit Bundeslandwirtschafts- minister Ignaz Kiechle (CSU)

Der Deutsche Bauern- verband und die Medien

Dr. Michael Lohse

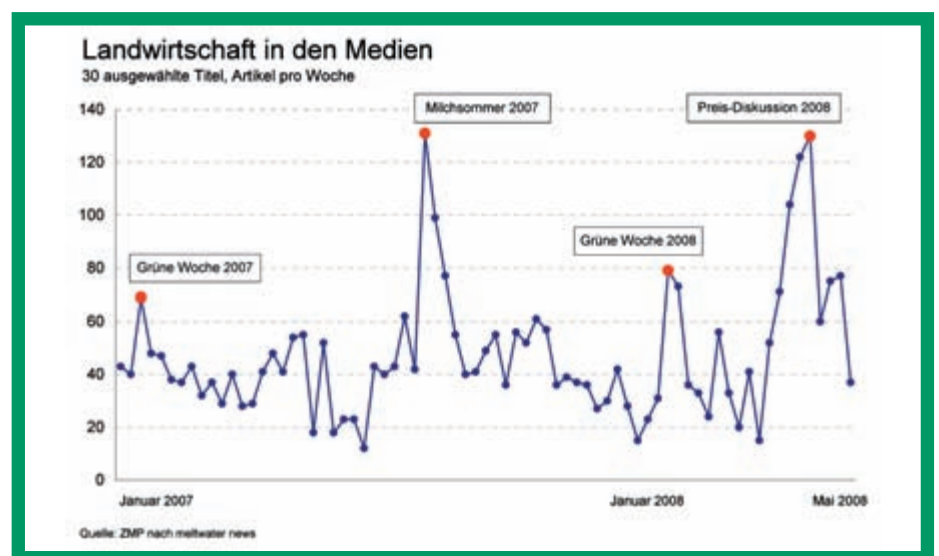
Es war eine andere Medien-Welt: Die 20.00-Uhr-Tagesschau läutete als fester Bestandteil den Abend der meisten Deutschen ein. Der Marktanteil der Fernsehsendung war traumhaft hoch. Mit dem ZDF und dem Dritten gab es nur drei Fernsehprogramme, also noch keine private Konkurrenz, schon gar keine digitale Verbreitung, die heute den Empfang von über 100 Fernsehprogrammen ermöglicht. Es war die Zeit, als Krimis im Fernsehen zu „Straßen- fegern“ wurden. Auch inhaltlich fallen Unterschiede zu den heutigen Nachrichtenformaten auf, wo die Boulevardisierung, vor allem mit dem Markteintritt privater Fernsehsender, Einzug gehalten hat.

Wer gelegentlich in einem der Dritten Pro- gramme die Wiederholungen der Tagesschau vor 25 Jahren verfolgt, kann wieder miterleben, wie zum Beispiel die EU-Agrarpreisverhandlungen in Brüssel als beherrschendes Thema der Nachrichtensendung thematisiert wurden. Von den über die Jahre unverändert gebliebenen 15 Minuten Sendezeit wurde ein Drittel den ge- scheiterten Getreidepreisverhandlungen im Brüsseler Agrarrat gewidmet. Mehr Nachrich- tenwert kann ein Thema kaum haben, was ver- deutlicht, dass der Getreidepreis damals nicht nur für die Bauern eine Eckpreisfunktion hatte, sondern auch für die Bevölkerung von nationalem Interesse war. Damals wurden die Getreide- preisverhandlungen in vier Beiträgen und einem Kommentar thematisiert: Der Fernsehzu- schauer wurde Zeitzuge des Zusammentref- fens der ernst dreinschauenden EWG-Agrarmi- nister im Rat, erlebte die Bewertung des Schei- terns mit den Forderungen des Bauernverban- des durch ein Interview mit Präsident Constantin Freiherr Heereman. Er war – sensationell für die damalige Fernsehzeit – live dabei durch zwei Schaltungen nach Bonn vor das Kanzleramt mit einer journalistischen Kommentierung von Hintergründen und Folgen sowie vor das

Andreas-Hermes-Haus, wo sich Generalsekretär Dr. Schnieders mit seinem Team für die anstehenden Brüsseler Proteste „rüstete“.

Bilder prägen Meinung

Alte Zeit – gute Zeit? Mitnichten, auch heute finden die Themen der Landwirtschaft Medien- interesse. Doch werden sie heute stärker durch die Brille der Verbraucher betrachtet, was für die Landwirtschaft wiederum Chance und Stär- ke bedeutet. Da haben es andere Wirtschaftsbe- reiche schwerer. Andererseits steigen auch die Risiken des Imageverlustes und die Herausfor- derungen der Krisenkommunikation für die landwirtschaftliche Kommunikation. Mit diver- sen Tierseuchen, Lebensmittelskandalen – auch ohne Beteiligung der Landwirtschaft – und Um- weltverstößen musste die Agrarbranche manch lehrreiche mediale Erfahrung sammeln. Doch die Landwirtschaft hat die Themen und die Bil- der, die bei der Bevölkerung positiv besetzt sind und mit denen sie öffentliche Aufmerksamkeit erlangen kann. Gerade diese Bilder sind in einer visuellen und emotionalen Welt entscheidend. Denn Bilder prägen Meinung. Diese Erkenntnis haben längst auch die Printmedien übernom-



- 28.07.1989 – EG verhängt Exportverbot für britische Rinder, die vor dem 18.07.1988 geboren wurden.
09.11.1989 – Fall der Berliner Mauer

1990

- 12.04.1990 – Die Volkskammer wählt Lothar de Maizière (CDU) zum Ministerpräsidenten.
31.05.1990 – Das Bundesverfassungsgericht bestätigt die Verfassungsmäßigkeit des Absatzfonds für die Land- und Forstwirtschaft.
17.06.1990 – Die DDR-Volkskammer beschließt das Treuhandgesetz, kurze Zeit später das Landwirtschaftsanpassungsgesetz.
14./15.07.1990 – „Warberger Erklärung“: Die Verbandspräsidenten aus West- und Ostdeutschland sprechen sich für eine einheitliche landwirtschaftliche Interessenvertretung für alle Menschen in der Landwirtschaft in einem vereinigten Deutschland aus. Grundlage dafür ist das Bekenntnis aller Verbände, dass der Einzelne über sein Eigentum frei verfügen soll.
03.10.1990 – Die DDR tritt nach Art. 23 GG dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei.
28.11.1990 – Die Pfälzische Bauern- und Winzerschaft und der Bauernverband Rheinhessen schließen sich zum „Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd“ zusammen.
02.12.1990 – Erste gesamtdeutsche Wahlen seit 1932
18.12.1990 – Gründung der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e.V. (UFOP)

1991

- 23.04.1991 – Das Bundesverfassungsgericht erklärt die im deutsch-deutschen Einigungsvertrag erfolgte Anerkennung der Bodenreform in der damaligen sowjetischen Besatzungszone für verfassungsgemäß.
20.06.1991 – Mit 338 gegen 320 Stimmen entscheiden sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags für Berlin als künftigen Regierungssitz.
09.12.1991 – Die erste Tankstelle mit Rapsmethylester wird in Betrieb genommen.
21.12.1991 – Der Bauernverband der DDR löst sich auf.

1992

- 21.05.1992 – Der Agrarministerrat einigt sich auf eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit radikaler Senkung der Marktordnungspreise für Getreide und Rindfleisch; Teilausgleich durch Flächenprämie und Tierprämien; Verpflichtung zu Flächenstilllegung.
03.06.1992 – In Rio de Janeiro wird der UNO-Umweltgipfel eröffnet.

Themenstruktur der wichtigsten Nachrichtensendungen 2007

in Prozent der Sendedauer

	Politik	Wirtschaft	Kriminalität/ Katastrophen	Buntes
Tagesschau	49	7	6	2
Tagesthemen	42	10	4	4
heute (ZDF)	38	7	8	5
heute journal	44	12	5	5
RTL aktuell	19	5	15	16
SAT 1 News	20	8	18	20

men, deren Bildauswahl und -gestaltung mittlerweile auch über die Auflage mit entscheidet. Tageszeitungen und Magazine haben nach wie vor ihren großen Wert im aktuellen Informieren und hintergründigen Analysieren und Kommentieren. Sie greifen die Themen der Landwirtschaft auf der Politikseite in kurzen Meldungen auf. In Sonderseiten werden die Betroffenheit erzeugenden oder die Verbraucher stark bewegenden Entwicklungen geschildert. In den viel beachteten Regionalseiten schließlich werden ausführlich die Auswirkungen der Berliner oder Brüsseler Entscheidungen vor Ort auf den landwirtschaftlichen Betrieb dargestellt. „Themensetting“ nennen Öffentlichkeitsarbeiter die Fokussierung von Medien und Öffentlichkeit auf bestimmte Probleme und Entwicklungen.

Angesichts des Internet-Siegeszuges ist die künftige Bedeutung der Tagespresse schon häufig in Frage gestellt worden. Ohne Zweifel befindet sich der Zeitungsmarkt seit einigen Jahren in der Krise. Die redaktionellen Ausgaben oder publizistischen Einheiten gehen zurück, ebenso wie Reichweite und Auflage der Tagespresse. Es ist jedoch eher eine Verlagskrise, weniger eine Zeitungskrise. Veränderungen des Informationsverhaltens der Bevölkerung führten dazu, dass von 1996 bis 2006 die Auflagen der Tageszeitungen in den alten Bundesländern um 14 Prozent zurückgingen, in den ostdeutschen Bundesländern sogar mit 30 Prozent mehr als doppelt so stark. Nach – durch die Wiedervereinigung bedingten – kräftigen Zuwächsen stieg die Gesamtauflage insgesamt auf 27 Millionen Exemplare (1991). Heute werden nur noch 21 Millionen Tageszeitungsexemplare verkauft, was der Größenordnung der Auflage in den alten Bundesländern vor der Wiedervereinigung entspricht.

Die technischen Entwicklungen – manche sprechen von medialen Revolutionen – sorgen in der heutigen globalisierten Medienwelt für eine gewaltige Informationsflut, aber auch für eine erheblich gestiegene Konkurrenz. Jede Sendung wie jede Zeitung braucht deshalb exklusiv „ihr“ Thema, „ihre“ Geschichte. Kriegerische Auseinandersetzungen, Katastrophen, Aufstände, politische Erdbeben oder Unwetter, selbst in entlegenen Teilen dieser Welt, werden am Abend durch die elektronischen Medien fast zum „nachbarlichen Miterleben“. Wir

werden täglich Zeitzeuge des aktuellen Weltgeschehens. Grenzen spielen keine Rolle mehr. Verstärkt oder sogar ausgelöst wird diese Entwicklung durch das Internet. Vor allem die Jugend und die beruflichen Eliten, aber auch die jung gebliebene ältere Generation setzen auf diese Informationsquelle – mit wachsender Intensität.

Landwirtschaft als Medienereignis

Als der Deutsche Bauernverband 2006 mit dem Medienpreis Award für seine Pressearbeit ausgezeichnet wurde, war dies auch ein Urteil über die mediale Eignung landwirtschaftlicher Themen in heutiger Zeit. Ausgezeichnet wurden Qualität, Präsenz und Themenvielfalt in „tonangebenden“ Zeitungen, Fernsehnachrichten und Magazinen. Besonders gelungen war, das Medieninteresse für die politischen Themen aus der Agrar-, Verbraucher- und Tierschutzpolitik und die Betroffenheit der Landwirte durch die aktuellen Entscheidungen zu gewinnen. Konstruktives und kreatives Einbringen eigener Vorschläge in der öffentlichen Diskussion zur Lösung der Probleme und Herausforderung der Zeit werden heute mehr denn je von allen Medien geschätzt, veröffentlicht, aber auch kritisch hinterfragt.

Ob Zeitung, Fernsehen, Hörfunk oder Internet – im Jahr 2008 waren bisher Welternährung und Hungeraufstände, Steigerung der Lebensmittelpreise und Verfall des Milchpreises mit Bauernprotesten große Medienthemen. Bereits das Jahr 2007 geht in die Geschichte ein, in dem Landwirtschaft in ihrer Vielfalt und unternehmerischen Leistungsfähigkeit eine sehr große, meist positive Medienresonanz erfuhr. Die Verbraucher werden künftig mehr Zeit mit Medienutzung verbringen. Denn durch mobile Endgeräte wie Handy werden bisher durch die Medien kaum „erschlossene“ Lebensumstände und Alltagssituationen erst medientauglich. Anders als früher verfügen die Menschen heute über ein Bündel unterschiedlicher Kommunikationswege und Wahlmöglichkeiten. Es wird also schwerer, sich öffentlich Gehör zu verschaffen und seine Anliegen darzustellen. Die Landwirtschaft wird mit ihren Medienthemen gut daran tun, sich mit ihren Angeboten auf die Veränderungen des Medienverhaltens einzustellen.

01.07.1992 – Die Bodenverwertung- und -verwaltungs GmbH (BVVG) nimmt ihre Tätigkeit auf.

08.12.1992 – 50.000 Bauern demonstrieren in Bonn gegen die GATT-Vereinbarungen.

1993

01.01.1993 – Der Europäische Binnenmarkt tritt in Kraft.

21.01.1993 – Kabinettsumbildung: Jochen Borchert (CDU) wird Landwirtschaftsminister.

07.07. bis 09.07.1993 – Deutscher Bauerntag in Kiel mit Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert (CDU)

16.08.1993 – Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) nimmt seine Arbeit auf.

26.10.1993 – Schweinepestausbüchre in Cloppenburg und Vechta mit totalem Verbringungsverbot für Schweine

1994

23.05.1994 – Roman Herzog (CDU) wird zum Bundespräsidenten gewählt.

Juni 1994 – Das Verfüttern von Tiermehl an Wiederkäuer wird EU-weit verboten.

27.09.1994 – Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz

1995

01.01.1995 – Das Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz tritt in Kraft.

01.01.1995 – Die am 15.04.1994 in Marakesch ins Leben gerufene Welthandelsorganisation (WTO) nimmt ihre Tätigkeit auf.

01.01.1995 – Österreich, Schweden und Finnland treten der Europäischen Union bei.



Der Selbstversorgungsgrad bei Schweinefleisch ist in Deutschland seit den 90er Jahren von 86 auf gegenwärtig fast 100 Prozent angestiegen.

Foto: DBV

10.04.1995 – Agrarministerrat verlängert Zuckermarktordnung für sechs Jahre.

05. bis 08.07.1995 – Bauerntag in Friedrichshafen mit Erwin Teufel (CDU), Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und EU-Kommissar Franz Fischler

1996

27.03.1996 – Die EU-Kommission verhängt ein weltweites Exportverbot von britischem Rindfleisch.

Eine neue Generation Bauernpräsidenten

28 Prozent der Landwirte in Deutschland sind älter als 55 Jahre. 29 Prozent sind 35 bis 44 und 26 Prozent sind 45 bis 54 Jahre alt. Das verdeutlicht den anstehenden Generationswechsel in der Landwirtschaft, der sich gleichermaßen auch im Verband vollzieht. Die Deutsche Bauern Korrespondenz hat eine Auswahl der neuen Generation Bauernpräsidenten porträtiert.



Werner Schwarz und Mitarbeiterin Ulrike Tiefensee, die für die Tierhaltung auf Gut Frauenholz verantwortlich ist. Foto: Gerd Rinas

Werner Schwarz: „Doppelt so viel hören wie reden“

Gut vier Monate nach seiner Wahl zum Präsidenten des Bauernverbandes Schleswig-Holstein ist der Terminkalender von Werner Schwarz nahezu ausgebucht. Chancen für Lösungen, mit denen Landwirte leben können, will er nicht verstreichen lassen. Werner Schwarz ist einer, der genau hinschaut, der den Dingen nachgeht und Lösungen will.

„Ich gehör zu denen, die Fragen stellen“, sagt er über sich. Vor gut fünf Monaten, am 11. Januar, wählte ihn der Landeshauptausschuss im Rendsburger Conventgarten zum Nachfolger von Otto-Dietrich Steensen als Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein. Seitdem habe sich sein Leben verändert, sagt Schwarz.

Im Januar hat er einen Betriebsleiter eingestellt. „Anders würde es nicht gehen“, so der staatlich geprüfte Landwirt. Werner Schwarz ist seit 1994 Eigentümer des Gutes Frauenholz in Rethwisch nahe Bad Oldesloe. Den Betrieb hatte sein Großvater gleichen Namens 1927 erworben. Ebenjener Werner Schwarz, der den Bauernverband Schleswig-Holstein nach dem Krieg mit gründete und von 1958 bis 1961 im Kabinett von Konrad Adenauer als Bundeslandwirtschaftsminister Verantwortung trug.

Zum Betrieb gehören jetzt 480 Hektar Ackerland, 240 Sauen sowie 1.800 Mastschweine.

Werner Schwarz hat sich auf Jungsauenvermehrung spezialisiert. Auf Gut Frauenholz sind außer dem neuen Betriebsleiter eine Mitarbeiterin für die Tierhaltung, zwei Teilzeitkräfte und der Auszubildende tätig. Während die drei Kinder der Familie noch die Schule besuchen (Clemens) oder ihre Ausbildung absolvieren (Kai-Maleen und Rupert), besorgt Ehefrau Susanne die Buchhaltung. Im Sommer verstärken zwei Erntehelfer aus Österreich und ein Mähdscherfaher das Team auf Gut Frauenholz.

Fast jeder Tag ist ausgebucht

Den Terminkalender von Werner Schwarz führt nun eine Mitarbeiterin des Bauernverbandes in Rendsburg. Fast jeder Tag ist ausgebucht, Verhandlungen mit Politikern, Verbandskollegen, Behördenvertretern, Journalisten. Gespräche in Rendsburg, Kiel, Berlin.

Der neue Bauernpräsident hält sich so kurz nach seiner Wahl noch zurück, will seine Partner kennenlernen, ein Plakat im Pastorat in Rethwisch vor Augen: ein Mondgesicht mit Mund und Ohren, darunter der Satz: „Der liebe Gott hat uns zwei Ohren gegeben und einen Mund, damit wir doppelt so viel hören wie reden.“

Werner Schwarz sieht den Verband und den landwirtschaftlichen Berufsstand vor wirklich großen Herausforderungen. „Die Welt verändert sich jeden Tag. Sich wandelnde agrarpolitische Rahmenbedingungen, Liberalisierung der Märkte, Globalisierung, Klimaerwärmung – wir Bauern müssen unseren Platz in dieser dynamischen Gesellschaft immer wieder neu bestimmen“, so der Landwirt. Der einheitliche Bauernverband spiele dabei in seiner ganzen Vielfalt die entscheidende Rolle, sagt der Präsident überzeugt.

Werner Schwarz will, dass diskutiert wird im Verband, die beste Lösung in der Debatte, im Streit der Meinungen geboren wird. Diskussionskultur ist dem 47-Jährigen wichtig. Das gilt auch im Verhältnis zu potenziellen Partnern. Erst kürzlich traf sich die Bauernverbandsspitze in Rendsburg mit Vertretern des Landes-Naturschutzbundes NABU. Es war eine Premiere. „Chancen für Lösungen, mit denen wir Landwirte leben können, will ich nicht verstreichen lassen“, sagt Schwarz. Die Grenze sieht er da, „wo Eigentum gefährdet ist, der

Fortbestand bäuerlicher Betriebe auf dem Spiel steht“. Die von Brüssel verlangten Nachmeldungen von Vogelschutzgebieten auf der Halbinsel Eiderstedt, wo Wildgänse den Landwirten das Leben schwer machen, treiben ihn um.

Auch außerhalb des Naturschutzes sieht der Präsident im ländlichen Raum die Zeit für neue Partnerschaften, sogar für „strategische Allianzen“ gekommen. „Wir haben die ersten Dörfer ohne Bauern. Wenn wir die bäuerliche Kultur erhalten wollen, müssen wir uns nach Menschen

umschauen, die dabei mithelfen“, sagt der Bauernpräsident, für den Demokratie ein hohes Gut ist. „Sie funktioniert aber nur, wenn sie gelebt wird“, so Schwarz, der Mitglied der CDU und schon viele Jahre stellvertretender Bürgermeister in Rethwisch ist. Letzteres Amt wird er nun notgedrungen abgeben. „Auf Posten kann ich gut verzichten“, lacht Werner Schwarz. Den Kontakt zu den Nachbarn in Rethwisch will er pflegen.

Gerd Rinas

Frank Zedler: In der Praxis verwurzelt

Dass Mähdrescher fahren, wird sich Frank Zedler auch in der diesjährigen Getreideernte nicht nehmen lassen. Seine familiären bäuerlichen Wurzeln – die Großeltern waren Landwirte, der Vater Tierarzt, die Mutter Meisterin in der Geflügelzucht – haben den 46-jährigen gelernten Agrotechniker geprägt und lassen sein Herz für die Praxis schlagen. In der Hoymer Agrargesellschaft mbH obliegt dem Diplomagraringenieur als einem von drei geschäftsführenden Gesellschaftern indes der kaufmännische Part. Der Betrieb bewirtschaftet gut 1.300 Hektar Acker im Regenschatten des Harzes – mit im Mittel 85 Bodenpunkten, aber nur 420 mm Jahresniederschlag. Die Qualitätsweizenproduktion ist Schwerpunkt des Anbaus. Daneben stehen Wintergerste, Winterraps, Zuckerrüben sowie verschiedene Vermehrungen im Feld und Mais. Der bildet die Futtergrundlage für 160 Herdbuch-Kühe samt Nachzucht (1,4 Mio. kg Milchquote, durchschnittlich 8.600 kg Herdenleistung). Insgesamt hält die 1992 gegründete Agrargesellschaft 14 Leute in Lohn und Brot.

Seit zwei Jahren an der Spitze des LBV Sachsen-Anhalt

Martin Galepp und Fred Dethloff, die GmbH-Partner von Frank Zedler, sind für die Tierhaltung und den Pflanzenbau zuständig. Sie halten dem gebürtigen Quedlinburger, der in Aschersleben wohnt, auch den Rücken frei, wenn er ehrenamtlich unterwegs ist. Die meiste Zeit beansprucht wohl das Amt des Landesbauernverbandspräsidenten von Sachsen-Anhalt, das Frank Zedler seit gut zwei Jahren bekleidet. Direkt angestrebt habe er die Position nicht, gibt Zedler zu. Als jedoch der LBV deswegen an ihn herantrat und auch die Familie, die Geschäftspartner und sein Regionalverband Nordharz, wo er stellvertretender Vorsitzender ist, ihren Segen gaben, entschied er sich für eine Kandidatur. Im März 2006 wurde er in direkter Wahl an die Spitze des Landesbauernverbandes berufen. Daneben übt er weitere Ehrenämter aus. Der Vorsitz im Kreistag des Salzlandkreises, dem er als CDU-Mitglied angehört, und die Mit-



Bei der Getreideernte sitzt Frank Zedler, einer von drei Betriebsleitern der Hoymer Agrargesellschaft, am liebsten selbst auf dem Mähdrescher. Foto: Wochenspiegel Aschersleben

arbeit im Aufsichtsrat der Osthazer Volksbank sind nur zwei.

Letzteres und seine kaufmännische Zuständigkeit im Hoymer Agrarbetrieb haben mit Zedlers beruflicher Neuorientierung nach der Wende zu tun. Nach dem Tierproduktionsstudium in Leipzig war er Bereichsleiter in der LPG Radisleben und dort zuständig für eine 1.200er Sauenanlage mit eigener Reproduktion und nachgeschalteter Mast sowie für 55 Mitarbeiter. Ein AK-Ausbruch in einem Nachbarbetrieb führte dann zur Aufgabe der Schweinehaltung. Zedler, der seine Diplomarbeit im Wissenschaftsbereich Agrarökonomie schrieb, sattelte um, arbeitete bei der örtlichen Raiffeisenbank und qualifizierte sich auf dem zweiten Bildungsweg zum genossenschaftlichen Bankkaufmann. 1993 kam dann das Angebot aus Hoym, im Betrieb anzufangen, 1995 erwarb er die GmbH-Anteile eines ausscheidenden Gesellschafters.

„Nur gemeinsam sind wir stark“

Viel Zeit lassen Haupt- und Ehrenamt nicht. Nicht für Lebensgefährtin Marina sowie die Töchter Mareike, Carolin und Franziska, auch nicht für das einzige Hobby – das Reiten. Doch die Familie steht ebenso hinter ihm wie sein Betrieb. Sehr dankbar ist Zedler für die Unterstützung seitens des Bauernverbandes. Der Landesvorstand, vor-

07.11.1996 – Der Deutsche Bauernverband gründet eine Ethikkommission für Fragen der Tierhaltung.

1997

April 1997 – DBV und Deutsche Bundesstiftung Umwelt starten das Eifelprojekt.

08.04.1997 – Das DBV-Präsidium wählt Gerd Sonnleitner, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, zum Präsidenten. Vizepräsidenten: Frank Rentsch, Heinz Christian Bär, Wilhelm Niemeyer, Norbert Schindler; Constantin Freiherr Heereman wird nach 28 Jahren Präsidentschaft DBV-Ehrenpräsident.

15.05.1997 – In der EU werden gentechnisch veränderte Lebensmittel kennzeichnungspflichtig.

02.07. bis 05.07.1997 – Bauerntag in Braunschweig mit Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert (CDU) und dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Gerhard Schröder (SPD)

1998

09.03.1998 – In Anwesenheit von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl begeht der DBV in Koblenz sein 50-jähriges Bestehen.

31.03.1998 – Rund 1.000 deutsche Bauern demonstrieren in Brüssel gegen die Vorschläge der EU-Kommission zur Agenda 2000.

27.10.1998 – Gerhard Schröder (SPD) wird Bundeskanzler – Karl-Heinz Funke (SPD) wird Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

1999

22.02.1999 – COPA-Großdemonstration in Brüssel mit über 30.000 Bauern – davon 11.000 deutsche Bauern – gegen die Agenda 2000

24. bis 26.03.1998 – Die Staats- und Regierungschefs der EU verabschieden auf dem EU-Sondergipfel in Berlin die „Agenda 2000“, mit der die Agrar- und Strukturpolitik sowie die Finanzierung des Haushalts der Gemeinschaft reformiert werden.

01.04.1999 – Das „Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform“ tritt in Kraft.

23.05.1999 – Johannes Rau (SPD) wird zum Bundespräsidenten gewählt.

30.06. bis 04.07.1999 – Bauerntag in Cottbus mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) und dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe (SPD).

06.07.1999 – Bundesverfassungsgericht zur Legehennenhaltung: Käfigbatterien bleiben erlaubt, den Legehennen soll aber mehr Platz eingeräumt werden.

14.07.1999 – Die Europäische Kommission hebt das weltweite Exportverbot für britisches Rindfleisch auf.

06.09.1999 – Der Bundestag nimmt seine Arbeit in Berlin auf.

26.10.1999 – 10.000 Landwirte demonstrieren in Berlin gegen das rot-grüne Sparpaket, die Ökosteuer, das Steuerentlastungsgesetz.

2000

01.04.2000 – Neue Milchquotenregelung

24.11.2000 – Erstmals wird bei einer in Deutschland geborenen Kuh BSE festgestellt.

01.12.2000 – Nach dem Bundestag stimmt auch der Bundesrat dem Eilgesetz für ein generelles Tiermehlverbot zu. Pflichttests an allen geschlachteten Rindern über 30 Monate werden vorgeschrieben.

2001

09.01.2001 – Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke und Gesundheitsministerin Andrea Fischer treten zurück. Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) wird Landwirtschaftsministerin. Das Gesundheitsressort übernimmt Ulla Schmidt (SPD).

05. bis 10.02.2001 – Bundesweite Bauerndemonstrationen, um konsequente BSE-Bekämpfungsmaßnahmen und schnelle Hilfen für die Bauern einzufordern.

10.04.2001 – DBV startet eine Postkartenaktion zur Strategie „Impfen statt Töten“.

02.07. bis 08.07. 2001 – Bauerntag in Münster u. a. mit Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) und der Bundesvorsitzenden der CDU, Dr. Angela Merkel

10.10.2001 – Die Gesellschaft QS – Qualität und Sicherheit GmbH wird gegründet.

2002

01.01.2002 – In 12 der 15 EU-Mitgliedstaaten wird der Euro als gemeinsame Währung eingeführt.

28.05.2002 – In Brandenburg werden 105 Tonnen nitrofenbelasteter Öko-Weizen bei einem Futtermittelhändler entdeckt.

11.06.2002 – 15.000 Landwirte protestieren in Straßburg gegen Initiativen, die Halbzeitbilanz der Agenda 2000 für eine erneute Reform der europäischen Agrarpolitik zu missbrauchen.

17.08.2002 – Der Schaden der Jahrhundertflut an der Elbe wird auf mehr als 20 Milliarden Euro geschätzt. – Der DBV, der Deutsche LandFrauenverband und der BDL richten unter dem Motto „Bauern helfen Bauern“ ein Spendenkonto für vom Elbe-Hochwasser geschädigte Landwirte ein. Gesamtspendensumme: 3.768.745,10 Euro.

2003

21.02.2003 – Unter dem Motto „Lebensmittel sind mehr wert!“ demonstrieren hessische Bauern für faire Milchpreise.

14.03.2003 – Bundeskanzler Gerhard Schröder stellt die Agenda 2010 (Arbeitsmarkt und Gesundheitsreform) vor.

an seine drei „Vize“, die Hauptgeschäftsstelle unter Fritz Schumann und die Spitzen der Kreisverbände nehmen ihm einiges ab. „Das macht es leichter“, weiß Zedler um den Wert guter Teamarbeit. Zumal er seit anderthalb Jahren auch als Vorsitzender des Fachausschusses Betriebswirtschaft des Deutschen Bauernverbandes regelmäßig „auf Achse“ ist. Dieses Amt schätzt er auch

wegen des Austausches mit Kollegen aus Ost und West, Nord und Süd, der das gegenseitige Verständnis beflügelt. Denn: „Nur gemeinsam sind wir stark und finden mit unseren Belangen Gehör bei der Politik“, weiß Zedler. Insofern steht für ihn auch das Engagement für den Berufsstand bundesweit nicht in Frage.

Detlef Finger



Passionierter Ackerbauer: Joachim Rukwied freut sich über die gute Schotenernte beim Winterraps. Foto: Dr. Heiner Krehl

Joachim Rukwied: Mit Profil und Marktgespür

Der Mann hat Ecken und Kanten. Er zeigt Profil. Der passionierte Ackerbauer setzt sich mit Leidenschaft für die Landwirte ein. Sich am Markt orientieren und mit Beispiel vorangehen – das ist das Credo von Joachim Rukwied, dem Präsidenten des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg (LBV), Stuttgart. Mit 46 Jahren ist er für einen Bauernpräsidenten noch ziemlich jung. Doch das zeichnet Joachim Rukwied aus: Er weiß, was er will. Er erkennt und ergreift Chancen. Er scheut keine Herausforderungen, sondern will an ihnen wachsen.

Agrarpolitisches Denken vom Großvater gelernt

„Das agrarpolitische Denken habe ich von meinem Großvater mitbekommen“, erzählt er. Hermann Rukwied war 17 Jahre lang Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Heilbronn. Sein erster Enkel war sein ganzer Stolz. Durch den engen Kontakt mit dem Opa machte Joachim Rukwied bereits in jüngsten Jahren Erfahrungen in der Agrarpolitik. Aber auch Beharrungsvermögen und Durchsetzungsfähigkeit wurden ihm, der in einem politischen Haus aufgewachsen ist, früh mit auf den Weg gegeben. Wie hieß es doch einmal im Landwirtschaftlichen Wochenblatt über seinen Großvater Hermann: „Er hat die Interessen der Bauern wie eine knorrige deutsche Eiche vertreten.“

Derweil kümmerte sich Rukwieds Vater Dieter (79) um den Ausbau des landwirtschaftlichen Betriebes. Als einer der Ersten führten die Rukwieds – Joachim war seit 1987 Mitunternehmer im elterlichen Betrieb in Eberstadt (Landkreis Heilbronn) – bei Gemüse und im klassischen Ackerbau Anfang der 1990er Jahre die Mulchsaat ein. 1994 übernahm Joachim Rukwied den Betrieb. „Mein Vater hat in mir bereits in frühester Kindheit das Interesse für den Ackerbau entfacht“, erinnert sich Rukwied. Er setzte wie sein Vater auf Wachstum und Spezialisierung. So wurden die Milchkühe verkauft und das landwirtschaftliche Unternehmen ganz auf Ackerbau, Feldgemüse und Weinbau ausgerichtet. Heute umfasst es 275 Hektar mit Getreide, Zuckerrüben, Raps und Feldgemüse, vor allem Kohl und Sellerie, sowie sieben Hektar Weinberge. Zudem ist Joachim Rukwied an einer Ackerbau-GbR mit Getreide und Raps beteiligt.

Familienmensch, der keine Herausforderungen scheut

Eigentlich wollte Joachim Rukwied keine verbandspolitische Karriere wie sein Großvater starten. Denn er absolvierte eine solide Ausbildung mit landwirtschaftlicher Lehre und Agrarstudium mit Schwerpunkt Betriebswirtschaft an der heutigen Hochschule für Wirtschaft und Umwelt in Nürtingen (Landkreis Esslingen). Danach setzte er den von seinem Vater eingeleiteten Entwicklungsprozess konsequent fort und engagierte sich beispielsweise als Gründungsvorsitzender im Landwirtschaftlichen Beratungsdienst für Kartoffeln und Gemüse im Landkreis Heilbronn. Doch dann trat der damalige Vorsitzende des Kreisbauernverbandes, Hermann Kemmler, in Aktion und machte den passionierten Ackerbauern 1993 zu seinem Stellvertreter. 1996 rückte Rukwied zum Kreisvorsitzenden auf. Im Juni 2006 wurde er – für manche überraschend – zum LBV-Präsidenten gewählt.

Viel Zeit für das Privatleben bleibt dem dreifachen Vater seitdem wenig. Zu seinen Hobbys Skifahren und Lesen kommt er kaum noch. Doch seine Ehefrau Katrin sorgt dafür, dass der „überzeugte Familienmensch“ (Rukwied über Rukwied) sich immer wieder ein Mindestmaß an Zeit für die drei Kinder Lisa Marie, Ann-Sophie und Philipp nimmt. Das gibt ihm neue Kraft für die zahlreichen Herausforderungen, die er ohne Unterstützung seiner Familie nicht meistern könnte.

Dr. Heiner Krehl

Zwingende Präsenz in Brüssel

Willi Kampmann

Interessenvertretung, in englisch auch Lobbying genannt, gehört zu modernen Demokratien wie der Deckel auf den Topf. In pluralistischen Gesellschaften ist eine effiziente Gestaltung von Politik ohne die Bündelung von Interessen kaum möglich. Dabei stehen die Interessenvertreter an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft.

Die Arbeit der Verbände ist von großem gesellschaftlichen Wert, um zu stabilen und tragfähigen politischen Kompromissen in zunehmend komplexeren Gesellschaften zu kommen. Eine transparente und funktionierende Interessenvertretung ist in besonderem Maße für eine inzwischen auf 27 Mitgliedstaaten gewachsene EU von Bedeutung. Dabei spielt die landwirtschaftliche Interessenvertretung eine herausragende Rolle, da die Landwirtschaft der bisher einzige vollständig europäisch integrierte Wirtschaftsbereich ist.

Interessenvertretung im Wandel

Der Aufbau der europäischen Interessenvertretung begann unmittelbar nach Begründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahr 1958. Neben dem europäischen Industrieverband (UNICE), dem europäischen Verband der Handwerker zählt der europäische Bauernverband COPA seit der ersten Stunde zu den einflussreichsten Interessenverbänden in Brüssel. Der DBV gehörte zu den Gründungsvätern der COPA. Mit der fortschreitenden politischen sowie wirtschaftlichen Integration als auch mit den Erweiterungsschritten bis auf heute 27 Mitgliedsländer hat sich auch die Interessenvertretung enorm gewandelt. Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Bauernverbandes mit 60 Verbänden aus 27 Mitgliedsländern ist ein unschätzbare politisches Verdienst von COPA. Eine herausragende Rolle spielte dabei DBV-Präsident Sonnleitner während seiner COPA-Präsidentschaft von 2003 bis 2005, in der er das Fundament für die Aufnahme von Bau-



Der Sitz des DBV in Brüssel befindet sich im Deutschen Haus der Land- und Ernährungswirtschaft im Europaviertel.

Foto: Willi Kampmann

ernverbänden der 10 mittel- und osteuropäischen Länder legte. Dies hat das politische Gewicht von COPA als Sprachrohr der europäischen Landwirte gestärkt.

Während die politische Meinungsbildung auf europäischer Ebene 1958 überschaubar begann, ist das Heer der Lobbyisten in Brüssel auf heute rund 15.000 Personen, die für etwa 3.000 registrierte Organisationen tätig sind, angewachsen. Die Europäische Kommission und mit zunehmender Bedeutung auch das Europäische Parlament haben die Expertise der Verbände, so auch der Bauernverbände, stets gesucht, sogar gefördert. Dabei gibt es in Brüssel keine Geheimdiplomatie, vielmehr einen pluralistischen und offenen Prozess des überzeugenden Arguments.

DBV vor Ort in Brüssel

Wenn heute rund 50 bis 60 Prozent der allgemeinen nationalen Gesetzgebung und über 80 Prozent der speziellen landwirtschaftlichen Gesetzgebung auf europäischen Rechtsvorschriften fußen, erübrigt sich die Frage nach der Präsenz und Einflussnahme in Brüssel. Der DBV macht seinen Einfluss in erster Linie über die Meinungsbildung in COPA geltend. Gelang es in den ersten Jahren noch, die Arbeit in und mit COPA von Bonn aus, dem früheren Hauptsitz des DBV, zu organisieren, ist der DBV seit 1995 mit einer eigenen Geschäftsstelle mit drei Mitarbeitern im Herzen des Europaviertels in Brüssel vertreten.

Die Weiterentwicklung der EU erforderte eine ständige Präsenz in Brüssel. So hat sich das Europäische Parlament Schritt für Schritt politischen Einfluss erkämpft. Die komplexe Parlamentsarbeit hat auch eine Anpassung der Verbandsarbeit erfordert. Die Ansprache des Parlaments erfolgt dabei nicht allein über den europäischen Bauernverband COPA, sondern auch unmittelbar durch den DBV in Brüssel gegenüber den deutschen Abgeordneten. Am 1. Januar 2009 wird mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages das Europäische Parlament die volle politische Mitentscheidung – auch in der Agrarpolitik – erhalten. Das wird die Arbeit des DBV aufs Neue herausfordern und weitere Anpassungen im Interesse einer nachhaltigen deutschen Landwirtschaft erzwingen.

26.06.2003 – Der EU-Agrarrat beschließt in Luxemburg die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

01.07. bis 06.07.2003 – Bauerntag in Freiburg mit Bundesministerin Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) und dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Erwin Teufel (CDU)

2004

01.05.2004 – Der Beitrittsvertrag mit Zypern, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei und Slowenien tritt in Kraft.

23.05.2004 – Dr. Horst Köhler (CDU) wird Bundespräsident.

14.09.2004 – DBV, Rübenbauverbände, Zuckerindustrie und Gewerkschaften (NGG) schließen das Aktionsbündnis „Existenzfrage Zucker“.

2005

28.04.2005 – Die WTO verbietet AKP- und C-Zuckerexporte der EU.

20.06. bis 26.06.2005 – Bauerntag in Rostock u. a. mit Bundesministerin Renate Künast, Harald Ringstorff (SPD), Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, und Dr. Guido Westerwelle, Bundesvorsitzender der FDP

22.08.2005 – Der DBV verlegt seinen Sitz von Bonn nach Berlin in das Haus der Land- und Ernährungswirtschaft (HdLE).



Das Haus der Land- und Ernährungswirtschaft beherbergt die grünen Verbände im politischen Zentrum in Berlin-Mitte.

Foto: Dr. Anni Neu

22.11.2005 – Dr. Angela Merkel (CDU) wird zur ersten Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Bundeslandwirtschaftsminister in der Großen Koalition wird Horst Seehofer (CSU).

24.11.2005 – Der EU-Agrarministerrat einigt sich über die Reform der Zuckermarktordnung.

Dezember 2005 – In Genf werden die Ziele für die laufenden WTO-Verhandlungen vereinbart: Die EU soll ihre Zuschüsse für Agrarexporte bis 2013 einstellen.

15./16.12.2005 – Die EU-Staaten bringen den finanziellen Rahmenplan 2007 bis 2013 nach langwierigen Verhandlungen unter Dach und Fach.

2006

- 07.03.2006 – Der DBV startet die bundesweite Kampagne „Bürokratieabbau – Jetzt!“
- 01.08.2006 – Inkrafttreten des am 15.03.2006 durch das Bundeskabinett verabschiedeten Energiesteuergesetzes. Erstmals werden Steuern auf Biokraftstoffe erhoben.
- 04.08.2006 – Die neue Tierschutz-Nutztierhaltungs-Verordnung tritt in Kraft. Mit dieser VO wird die Kleingruppenhaltung für Legehaltung in Deutschland erlaubt.
- 21.08.2006 – Erste Fälle von Blauzungkrankheit bei Rindern und Schafen in Deutschland

2007

- 01.01.2007 – Bulgarien und Rumänien treten der Europäischen Union bei. Die EU besteht damit aus 27 Staaten.
- 18.01.2007 – Bundeskanzlerin Dr. Merkel und EU-Kommissionspräsident Barroso eröffnen gemeinsam die Internationale Grüne Woche in Berlin.
- 31.01.2007 – Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Erbschaftsteuer
- 23.06.2007 – Die Regierungschefs einigen sich auf dem EU-Gipfel auf einen Kompromissvorschlag der Ratspräsidentin Angela Merkel über das europäische Verfassungsprojekt.
- 28./29.06.2007 – Deutscher Bauernntag in Bamberg u. a. mit Bundespräsident Dr. Horst Köhler, Bundesminister Horst Seehofer (CSU), dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Günter Verheugen (SPD), und FDP-Vorsitzenden Dr. Guido Westerwelle. Bamberger Beschlüsse zur Begleitung des Ausstiegs aus der Milchquote im Jahr 2014/2015
- 20.11.2007 – EU-Kommission legt sogenannten „Gesundheitscheck“ der GAP vor.

2008

- 19.01.2008 – Das DBV-Präsidium positioniert sich zum Gesetzespaket des Integrierten Energie- und Klimapakets der Bundesregierung, mit dem der Klimaschutz in Deutschland vorangebracht werden soll, u. a. durch einen verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien.
- April/Mai 2008 – Hungeraufstände in Haiti und anderen Entwicklungsländern tragen das Thema Nahrungsmittel und Bioenergie auf die Topagenda von Medien und Politik.
- 30.06./01.07.2008 – Deutscher Bauernntag in Berlin aus Anlass des 60-jährigen Bestehens des Deutschen Bauernverbandes.

Quellen zur Chronik

Internetseiten der Europäischen Union, der Bundesregierung, der Bundeszentrale für politische Bildung; Chronik der Deutschen, Dortmund 1983; Unser Land, unsere Dörfer, unsere Bauern, Bonn 1998; Gründungsjahre des DBV, Bonn 1988; Von Schorlemer bis Heereman, 125 Jahre Westfälischer Bauernverein, 50 Jahre Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband, Münster 1997; dbk – Monatschrift des DBV
 Zusammengestellt von Dr. R. Schnieders und E. Hintze, bearbeitet von A. Blöth

Bewährte Allianzen

Einigkeit schafft Bedeutung und Durchsetzungskraft: Für einen Berufsstand ebenso unverzichtbar wie starke Partner. Der europäische Bauernverband, der Deutsche Raiffeisenverband, die Landjugend ebenso wie die LandFrauen und der Bundesverband der Landwirtschaftlichen Fachbildung haben den DBV auf seinem mittlerweile 60jährigen Weg zu einer anerkannten und erfolgreichen Interessenvertretung begleitet.



Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.

Foto: DRV

Dem DBV gratuliere ich im Namen des Deutschen Raiffeisenverbandes und seiner Mitgliedsunternehmen herzlich zum 60-jährigen Jubiläum. Kaum ein anderer Wirtschaftszweig hat in diesem Zeitraum einen derart rasanten Struktur- und Imagewandel vollzogen wie die deutsche Land- und Agrarwirtschaft. Dass dieser gewaltige Anpassungsprozess erfolgreich vollzogen wird, ist ein Verdienst des DBV, der die Rahmenbedingungen maßgeblich mit gestaltet. Es ist beeindruckend, wie es den Verantwortlichen im DBV immer wieder gelingt, die vielschichtigen, oftmals auch gegensätzlichen Anliegen der bäuerlichen Mitglieder zu bündeln, tragfähige Perspektiven für die junge Generation sowie den ländlichen Raum aufzuzeigen und sich mit Nachdruck in Politik sowie Medien Gehör zu verschaffen. Der DBV war und ist oftmals Vorreiter, wenn es darum geht, Trends zu erkennen. Frühzeitig und fundiert bereitet er seine Mitglieder auf – teilweise schmerzhaft – Veränderungen vor. Das gilt insbesondere für die jüngste Vergangenheit, da sich in der Agrarpolitik und auf den Märkten ein Paradigmenwechsel vollzogen hat. Die Zeiten von Intervention und Sicherheitsnetzen sind endgültig vorbei. Land- und Ernährungswirtschaft sind Zukunftsbranchen. Unternehmerische Verantwortung und Risikomanagement sind gefragt. Dass die deutschen Bauern und Bäuerinnen neues Selbstbewusstsein erlangt haben, ist auch auf das Engagement des DBV zurückzuführen.

Ich freue mich, die bewährte Allianz in der Interessenvertretung auf nationaler und europäischer Ebene weiterhin gemeinsam mit dem DBV und seinen Landesbauernverbänden fortsetzen zu können, um unsere Branche wettbewerbsorientiert auszurichten und zukunftsfähig zu machen. Die Landwirte, Gärtner und Winzer sowie ihre Genossenschaften sind sturmerprobt und haben bislang gemeinsam die Her-

ausforderungen gemeistert. So wird es auch in Zukunft sein. In diesem Sinne wünsche ich alles Gute und Erfolg für die nächsten 60 Jahre.



Brigitte Scherb, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes

Foto: dlv/Birkenfeld

Für die LandFrauen ist der Bauernverband der wichtigste Partner im Bereich der „grünen“ Verbände. Wir ergänzen uns auf ideale Weise. Die LandFrauenbewegung ist entstanden, um den Frauen auf den Höfen Kenntnisse zu vermitteln sowohl in der Produktion und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte als auch in der Führung eines landwirtschaftlichen Haushaltes. Daraus ist eine anerkannte hauswirtschaftliche Ausbildung entstanden, die auf vielen Höfen eine professionelle Einkommenskombination wie Urlaub auf dem Bauernhof oder Direktvermarktung ermöglicht. Heute sind zusätzlich die Agrarbürofachfrau bzw. die Agrarbüromanagerin Fortbildungen, die die LandFrauen anbieten, damit die hohen bürokratischen Anforderungen und Managementaufgaben, die an landwirtschaftliche Betriebe gestellt werden, partnerschaftlich bewältigt werden können. Eine weitere enge Verbindung unserer Verbände sehe ich im Bereich der Verbraucherbildung. Die LandFrauen, die sowohl Erzeugerinnen als auch Verbraucherinnen in ihren Reihen haben, pflegen einen intensiven und authentischen Dialog. Botschafterinnen heimischer Agrarprodukte, Ernährungsfachfrauen und die vielen Frauen, die in Schulen und Kindergärten mit Kindern kochen, zeigen, wie unsere Lebensmittel erzeugt und verarbeitet werden, und werben für die qualitativ hochwertigen Produkte der deutschen Landwirtschaft.

Gemeinsam stehen wir für einen ländlichen Raum, der nicht nur seine wirtschaftliche Berechtigung behalten muss, sondern der Natur und Kultur unseres Landes erhält und unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft garantiert. Auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit!



**Jean-Michel
Lemétayer,
Präsident des
französi-
schen Bauern-
verbandes
COPA**

Foto: FNSEA



**Gunther
Hiestand,
Vorsitzender
des Bundes
der Deutschen
Landjugend**

Foto:
BDL/Gräschke



**Peter Seidl,
Präsident des
Bundesverban-
des Landwirt-
schaftlicher
Fachbildung**

Foto: privat

Ich freue mich sehr, anlässlich des 60. Geburtstags des Deutschen Bauernverbandes einige Worte an seine Mitglieder richten zu dürfen. Als derzeitiger Präsident von COPA und Präsident des französischen Bauernverbandes FNSEA hatte ich oft das Vergnügen, mit dem DBV sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene zusammenzuarbeiten. DBV und FNSEA haben wie kaum andere Bauernverbände die Entwicklung der europäischen Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg vorangetrieben. Beide Verbände sind ungefähr gleich alt. Beiden kommt auf nationaler Ebene und in der EU eine Führungsrolle zu. Von Anfang an standen wir vor ähnlichen Herausforderungen: Der Wiederaufbau nach dem Krieg, die Modernisierung unserer Landwirtschaft, die Entwicklung eines gemeinsamen Marktes für Agrarprodukte, die sukzessiven Reformen der GAP bis 2003. Während all dieser Jahre standen FNSEA und DBV stets zusammen. Wir haben in COPA gemeinsame Vorgehensweisen erarbeitet und für die Bauern in unseren beiden Ländern Gehör und Respekt in Brüssel erkämpft.

Auch heute stehen wir vor großen Herausforderungen: Wachsende Preisschwankungen, zunehmende Importe aus Ländern, die unsere hohen Produktionsstandards nicht erfüllen, Rufe nach einer Schwächung unserer gemeinsamen Agrarpolitik. Wenn wir diesen Herausforderungen begegnen wollen, müssen wir auch in Zukunft zusammenstehen. Die vergangenen 60 Jahre sind ein Beispiel dafür, was Einigkeit unter den Bauern erreichen kann. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um dem DBV herzlich zum 60. Geburtstag zu gratulieren. Ich bin mir sicher, dass, wenn er in Deutschland und Europa weiterhin so stark und entschlossen auftritt wie bisher, wir uns auch keine Sorgen um die nächsten 60 Jahre machen müssen.

Der DBV ist und bleibt der kompetente Verband für die Interessen der Landwirtschaft und wird weiterhin der wichtigste Partner des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) für die Interessenvertretung junger Landwirte und Landwirtinnen sein. Mit Sicherheit gab es in den vergangenen 60 Jahren auch deutlich unterschiedliche Einschätzungen in beiden Organisationen zur Entwicklung der Landwirtschaft in der Zukunft. In den Köpfen der Beteiligten hat sich jedoch einiges getan. Junglandwirte sollten aber dennoch stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, um gemeinsam Verantwortung für die Zukunft der Landwirtschaft zu übernehmen. Aufgabe des DBV muss es dabei sein, die Arbeit in den Gremien für den Nachwuchs in der Verbandsarbeit attraktiv zu gestalten. Hier ist das gemeinsame Projekt „Arbeitskreise Junglandwirte“ ein richtiger Schritt.

Die veränderten Strukturen auf dem Land führen dazu, dass der größte Teil der Landbevölkerung keine Bindung an die Landwirtschaft hat. In diesen veränderten Strukturen ist der BDL gern Partner, um junge Menschen auf dem Land zu erreichen – vor allem solche, die nicht aus der Landwirtschaft stammen und ein unschätzbbares Potenzial bieten, um Landwirtschaft für alle greifbar zu machen. Aus meiner Sicht sollte der DBV sich verstärkt dafür einsetzen, dass die Landwirtschaft als Partner der Menschen gesehen wird. Nur so kann unsere nachhaltige Landwirtschaft in Deutschland langfristig die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung gewinnen. Ich denke, der DBV muss sich weiterhin dafür einsetzen, landwirtschaftliche Produktion in unserem Land sicherzustellen – im Sinne der Bauernfamilien, der ländlichen Regionen und vor allem der Bevölkerung.

Der Bundesverband Landwirtschaftlicher Fachbildung (vlf) wurde im Jahr 1974 als Mitglied in den DBV aufgenommen. Tragendes Verbandsfundament sind die aktuell etwa 230.000 Einzelmitglieder auf Schul- bzw. Kreisebene. Die „Ehemaligenverbände“ der agrarischen Fachschulen und Fortbildungsgänge bilden ein funktionierendes Netzwerk von der Orts- bis zur Bundesebene. Arbeitsschwerpunkte des vlf sind seit jeher die Weiterbildung von Fach- und Führungskräften in den „grünen Berufen“ sowie die Förderung und Weiterentwicklung des ländlichen Raums.

2004 hat der vlf auf Bundesebene seine Strategie-Leitsätze „vlf 2015“ beschlossen. Die aktive Mitgestaltung der Bildung im land- und agrarwirtschaftlichen Bereich wurde damit als zentrales Aktivitätsfeld deutlich herausgestellt. Innerhalb des berufsständischen Gesamtverbundes wollen wir uns als kompetenter Ansprechpartner für Aus- und Weiterbildungsfragen in die bildungsfachliche und -politische Arbeit des agrarischen Berufsstandes einbringen. Im April 2008 haben wir Vorschläge zur Bewältigung neuer Herausforderungen in der landwirtschaftlichen Berufsbildung vorgelegt, um darüber innerhalb des berufsständischen Bildungsnetzwerks zu diskutieren.

Aus unserer Sicht ist es notwendig, die begrenzten Bildungsressourcen im Agrarbereich bestmöglich zu bündeln und dabei bislang ungenutzte Synergieeffekte zu erschließen. Angesichts des beschleunigten Wandels und tiefgreifender Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft wird der vlf dazu beitragen, Bildung als Zukunfts- und Wettbewerbsfaktor der deutschen Land- und Agrarwirtschaft zu stärken. Wir stehen weiterhin ausdrücklich hinter der bewährten Anbindung unserer Bundesgeschäftsführung an den DBV-Generalsekretär.

Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes

Tradition - Verantwortung - Zukunft

Programm

Sonntag, 29. Juni 2008

18.00 Uhr Vorstandssitzung im Haus der Land- und Ernährungswirtschaft (HdLE), Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin

Montag, 30. Juni 2008

09.00 Uhr Verbandsrat DBV im HdLE

09.30 Uhr Präsidium DBV im HdLE
Gastredner Martin Schulz,
MdEP-Vorsitzender der SPE-Fraktion

12.00 Uhr Mittagessen im HdLE
12.00 Uhr Pressekonferenz mit DBV-Präsident Sonnleitner
im MARITIM Hotel Berlin,
Stauffenbergstraße 26, 10785 Berlin

13.00 Uhr Eröffnung der Mitgliederversammlung
MARITIM Hotel Berlin, Stauffenbergstraße 26
DBV-Präsident Gerd Sonnleitner
EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel
Bundesminister Host Seehofer
Präsidentin des Deutschen LandFrauen-
verbandes Brigitte Scherb

14.30 Uhr Transfer zu den Foren mit Bussen und
Kaffeepause

15.30–18.00 Uhr Forumsveranstaltungen:

1. Perspektiven der Europäischen Agrarpolitik (Botschaft Frankreich)
2. Bioenergie am Wendepunkt? (Landesvertretung Rheinland-Pfalz)
3. Milchmarkt 2008 – was bringt die Zukunft? (Landesvertretung Bayern)
4. Tierhaltung in Deutschland – Wettbewerbsfähigkeit versus gesellschaftliche Akzeptanz (Landesvertretung NRW)
5. Ökologischer Landbau zwischen Ideal und Industrie (Botschaft Italien)

18.30–20.00 Uhr Junglandwirte-Treff
(Landesvertretung Sachsen-Anhalt)

19.30 Uhr „HdLE Live“ – Abendveranstaltung

20.00 Uhr Begrüßung DBV-Präsident Sonnleitner
Grußwort des Regierenden Bürgermeisters
Klaus Wowereit
Bauernkapelle Oberschwaben

23.00 Uhr Verabschiedung

Dienstag, 01. Juli 2008

Eröffnungsmusik der Band „Heilix Blechle“

08.30 Uhr Plenum Mitgliederversammlung
MARITIM Hotel Berlin, Stauffenbergstraße 26
1. Grundsatzrede
DBV-Präsident Sonnleitner
2. Diskussion

09.30 Uhr Podiumsdiskussion mit allen Fraktions-
vorsitzenden des Deutschen Bundestages,
Moderation: DBV-Generalsekretär
Dr. Helmut Born

11.00 Uhr Pause

11.30 Uhr Begrüßung der Bundeskanzlerin durch
DBV-Präsident Sonnleitner
Grundsatzrede von Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Schlusswort DBV-Präsident Sonnleitner
Musikalischer Schlussakt

12.30 Uhr Mittagsimbiss
anschließend Begleitprogramm –
Stadtrundfahrten

Die vollständigen Programme der Foren und die Veranstaltungsorte
stehen online unter www.bauernverband.de.

Der DBV dankt den Hauptsponsoren des Deutschen Bauerntages 2008



JOHN DEERE

**Zuverlässigkeit
ist unsere Stärke.**

www.johndeere.de

Wir helfen wachsen.

Wir helfen wachsen. Mit klaren Zielen und Strategien. Wenn Landwirte zufrieden ihre Ernte einfahren, Bauherren Richtfest feiern oder die Versorgung mit Brenn- und Kraftstoffen sichergestellt ist – dann hat die AGRAVIS Raiffeisen AG dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Als modernes Agrarhandels- und Dienstleistungsunternehmen unterstützen wir unsere genossenschaftlichen Vertriebspartner, die Landwirtschaft und die Menschen im ländlichen Raum.

PFLANZEN TIERE TECHNIK BAUSERVICE MÄRKTE ENERGIE

R+V-AgrarPolice für die Landwirtschaft

- ▶ Rundumschutz für Ihren Hof in einem Vertrag!
- ▶ Überraschend kleiner Beitrag!
- ▶ Keine Doppelversicherung!



RWZ



Der **Partner** für die **Landwirtschaft**
und den **ländlichen Raum**.

Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG
Altenberger Straße 1a • 50668 Köln
Telefon: 02 21 / 16 38-0 • www.rwz.de

Im FinanzVerbund der
Volksbanken Raiffeisenbanken

BESSE **R+V**ERSICHERT

16. Kalenderwoche 2008

Zentraler Aktionstag Milch am Brandenburger Tor in Berlin

DBV-Präsident Sonnleitner hat beim „Zentralen Aktionstag Milch“ vor dem Brandenburger Tor in Berlin am 17. April unter dem Motto „Die Milchpreise jetzt stabilisieren!“ die Molkereien aufgefordert, bei den Verhandlungen mit dem Lebensmittel Einzelhandel über die Preise für Konsummilch „keinen Millimeter zurückzuweichen“. Schließlich gehe es um eine leistungsfähige Molkereiwirtschaft und um die Existenz von 100.000 Milchbauern und ihrer Betriebe. So die Kritik des DBV-Präsidenten zusammen mit Milchbauern der Fachausschüsse Milch aus allen Landesbauernverbänden an der auf Preis-senkung ausgerichteten Politik des Handels.

Verbandstrainees besuchen Brüsseler DBV

Die Teilnehmer des Verbandstrainingsprogramms der Andreas Hermes Akademie haben sich im Rahmen eines Brüsselbesuchs über den politischen Betrieb und die politische Meinungsbildung auf europäischer Ebene informiert. Neun junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Landesbauernverbänden sowie aus dem DBV, haben sich dabei mit dem Zusammenspiel der verschiedenen politischen EU-Institutionen und den Einflussmöglichkeiten des Berufsstandes vertraut gemacht. Außerdem haben die Vertreter des DBV in Brüssel den Nachwuchs über die aktuellen Agrar- und umweltpolitischen Themen informiert.

DBV fordert praktikable Regelung bei Einfuhr von Futtermitteln

Die Versorgung mit Eiweißfuttermitteln und damit letztlich die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten deutschen Veredlung sind in Gefahr, wenn an der Nulltoleranz für in der EU noch nicht zugelassene GVO-Sorten festgehalten wird, so eine Erklärung des DBV-Präsidiums am 15. April in Berlin. Die Veredlungsbetriebe hätten bereits im letzten Jahr beim Mais- und Maiskleberimport durch die Nulltoleranz Kostennachteile in Milliardenhöhe hinnehmen müssen. Der DBV fordert die Tolerierung von geringen Anteilen noch nicht zugelassener GVO auch in der EU. Außerdem sei ein schnelleres Zulassungsverfahren notwendig, ohne die inhaltlichen Anforderungen an die Zulassung in Frage zu stellen.

17. Kalenderwoche 2008

Sonnleitner: Discounter haben Marktmacht missbraucht

Der Trend zu kletternden Lebensmittelpreisen sei eine unumkehrbare Reise, „weil die Nachfrage nach Energie in all ihren Formen wie Nah-

rungsmittel, Treibstoffe, Heizung und Elektrizität ungebrochen ist“. Das sagte DBV-Präsident Sonnleitner im ARD-Morgenmagazin. Solange diese Nachfrage durch den Boom in Indien und China ungebrochen sei, würden auch die Preise steigen. Sonnleitner wies aber gleichzeitig auf die steigenden Kosten der deutschen Bauern hin, die strenge Umweltauflagen einzuhalten hätten. „Das verteuert unsere Produktion“, erklärte Sonnleitner. Der Lebensmittelbereich bleibe der Schwerpunkt der Produktion der Landwirte. Auch gebe es keinen Streit zwischen Tank und Teller, wenn die weltweit ruhende Fläche von 100 Millionen Hektar wieder genutzt werde.

Konjunkturbarometer Agrar

Die wirtschaftliche Stimmung in der deutschen Landwirtschaft hat sich abgekühlt. Die Landwirte blicken wieder vorsichtiger in die Zukunft. Dies ist das Ergebnis des jüngsten Konjunkturbarometers Agrar. Ausführliche Infos in dbk 5/08 oder www.bauernverband.de.

DBV mahnt: Einkauf bei Aldi überdenken

Die zeitgleich von den Unternehmen Aldi, Lidl und REWE in großformatigen, fast identischen Anzeigen am 21. April bekanntgemachten massiven Preissenkungen bei Konsummilch, Quark und Sahne sind nicht durch die Angebots- und Nachfragesituation auf dem Markt begründet. Das verdeutlichte der DBV. Vielmehr sei dies allein durch die extreme Marktmacht der wenigen Einkaufszentralen im Lebensmitteleinzelhandel gegenüber den Molkereien zu erklären. Vor allem die Aldi-Gruppe habe ihre Wettbewerbssituation schamlos ausgenutzt und den Preiseinbruch zulasten aller Milchbauern in Deutschland verursacht. Der DBV forderte daher die Bauernfamilien, die Familien der Mitarbeiter in den Molkereiunternehmen und die Menschen im ländlichen Raum auf, ihr Einkaufsverhalten zu überdenken.

Schweinemarkt europaweit in der Krise

Die desaströse wirtschaftliche Lage der Schweinehalter erfordert dringend Gegenmaßnahmen von Wirtschaft und Politik. Dies forderte der Europäische Bauernverband COPA im beratenden Ausschuss der EU-Kommission, der unter Vorsitz von DBV-Vizepräsident Möllers tagte. Seit Monaten reichten die Erlöse nicht aus, um die bis zu 70 Prozent gestiegenen Futter- und Energiekosten in der Schweinehaltung zu decken. Notwendig sei deshalb ein Anstieg der Erzeugerpreise um mindestens 50 Cent pro Kilogramm Schweinefleisch. Dies lasse sich aber offenbar im Markt nur durchsetzen, wenn das Angebot reduziert werde. COPA forderte deshalb,

das Schlachtgewicht EU-weit vorübergehend um zwei bis drei Prozent zu verringern, und appellierte an die Schlachtbetriebe, die Preismasken bald anzupassen.

Europäischer Bauernverband berät neue Pflanzenschutzmittelgesetzgebung

Der Europäische Bauernverband COPA hat in einem Workshop die Auswirkungen der Vorschläge der EU-Kommission für eine neue EU-Gesetzgebung zum Pflanzenschutz sowie die Verschärfungsvorschläge des Europäischen Parlaments beraten. Für die verschiedenen Ackerkulturen, insbesondere für den Obst- und Gemüseanbau, wird eine drastische Beschneidung der verfügbaren Pflanzenschutzmittel befürchtet. Eine wirkungsvolle, risikobewertete Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten scheint dadurch gefährdet. Aus Deutschland hat der Geschäftsführer des Verbandes der Hopfenpflanzer die Betroffenheit beispielhaft an der Spezialkultur Hopfen erläutert.

18. Kalenderwoche 2008

Milchbauernproteste : Symbolische Solidaraktion in Sachsen-Anhalt

Der vom Landesbauernverband Sachsen-Anhalt organisierte landesweite Bauernprotest für faire, mindestens kostendeckende Erzeugerpreise fand am 29. April 2008 an 46 Standorten auf Marktplätzen, in Einkaufsstrassen, Einkaufszentren oder vor Aldi-Filialen statt. Insgesamt 10.000 Päckchen Markenbutter zu je 250 Gramm verteilten die Milchbauern an die Verbraucher und an 25 soziale Einrichtungen wie Tafeln in Sachsen-Anhalt. Diese symbolische Solidaraktion dokumentierte, dass die Bauern sich die Preissenkung für ihre Milch durch den Lebensmitteleinzelhandel nicht länger gefallen lassen. Über ein Flugblatt wandten sich die Milchbauern mit ihren Forderungen direkt an die Verbraucher, die viel Sympathie und Verständnis äußerten.

Sonnleitner: Wir benötigen mehr Forschung im Agrarbereich

Die gegenwärtige Talfahrt der Preise für Milch und Schweinefleisch müsse gestoppt werden, sagte DBV-Präsident Sonnleitner der „Rheinlandpfalz am Sonntag“. Andernfalls würden die Landwirte in den Ruin getrieben. Dies hätte auch verheerende Auswirkungen für die Verbraucher, die dann auf teure Importe angewiesen wären. Was die großen Einzelhandelsketten gegenwärtig praktizierten, sei ein schamloses Ausnutzen der Marktposition gegen die Bauern, betonte Sonnleitner. Um die weltweit gestiegene Nachfrage befriedigen zu können, müsse die Agrarproduktion effizienter werden. Dazu benötige man mehr Forschung im Agrarbereich.

Blauzungenkrankheit: DBV kritisiert Entscheidung des Bundesrates

Mit dem Beschluss des Bundesrates zur Änderung der Blauzungenbekämpfungs-Durchführungsverordnung sei die Chance auf Verwaltungsvereinfachung bei der Impfung vertan worden, kritisierte der DBV. Stattdessen belaste Deutschland als eines der wenigen Länder in der EU, das eine verpflichtende Impfung für Rinder, Schafe und Ziegen im Kampf gegen die Blauzungenkrankheit vorsieht, die Durchführung der Impfung nun mit bürokratischen Hürden. Das Bundesrats-Plenum ist nicht dem Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gefolgt, die mit dem Änderungsantrag die Weichen für eine unbürokratische Lösung bei Ausnahmen von der Impfpflicht für Rinder, Schafe und Ziegen stellen wollten.

19. Kalenderwoche 2008

Erleichterte Viehbewertung bleibt weiter möglich

Tiere des Anlagevermögens wie beispielsweise Zuchtsauen und Milchkühe können weiterhin entsprechend den bisherigen Grundsätzen der Viehbewertung bewertet werden. Dies teilte das Bundesministerium der Finanzen dem DBV mit. Dadurch bleiben sowohl die Vereinfachung durch die mögliche Gruppenbewertung nach Richtsätzen als auch eine realitätsgerechte Abschreibedauer erhalten. Der Erhalt dieser landwirtschaftsspezifischen Vereinfachungsregel kommt besonders den derzeit wirtschaftlich unter Druck stehenden Sauenhaltern und Milchzeugern entgegen, begrüßte der DBV.

Mit Chlor behandeltes Geflügelfleisch nicht zulassen

Der DBV, der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft und die Verbraucherzentrale Bundesverband haben in einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die fatalen Folgen der geplanten Importzulassung von Geflügelfleisch aus den USA hingewiesen. Dem Grundsatz des vorbeugenden Verbraucherschutzes sollte höchste Priorität beigemessen werden, so die drei Verbände. Die Bundesregierung strebt mit dem geplanten Auslaufen der bisherigen Handelsbeschränkung für mit Chlor dekontaminiertes Geflügelfleisch eine Liberalisierung des Handels zugunsten der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft an.

DBV unterstützt nachhaltigen Ausbau erneuerbarer Energien

Der DBV begrüßt das in der Anhörung im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages mehrheitlich geäußerte Bekenntnis, die er-

Starke Landwirtschaft entscheidend für Wohlstand eines Landes

„Wir brauchen eine starke Landwirtschaft in den Industrienationen, um für Stabilität auf dem Weltmarkt zu sorgen. Man stärkt nicht die Schwachen, indem man die Starken schwächt“, erklärte Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit DBV-Präsident Sonnleitner am 6. Mai 2008 in Berlin. Die größte Sicherheit für eine verlässliche und angemessene Lebensmittelversorgung seien angemessene und motivierende Erzeugerpreise für die Landwirte. Höhere Preise seien ein Hoffnungssignal für die Landwirtschaft und die Lebensmittelversorgung vor allem auch

leitners die verhängnisvolle Verschärfung der Welternährungssituation. „Was wir brauchen, um die Nahrungsmittel auch in den Entwicklungsländern bezahlbar zu halten, ist mehr Effizienz und Produktivität im Stall und auf dem Acker“, stellte Sonnleitner fest. Angesichts der großen Herausforderungen müssten zusätzliche Mittel in die Agrarforschung gesteckt werden.

Kernaufgabe der Landwirtschaft werde auch künftig die Lebensmittelerzeugung bleiben. „Der Einfluss der Bioenergie auf die Nahrungsmittelpreise wird überschätzt“, sagte Sonnleitner vor der Bundespressekon-



Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer und DBV-Präsident Sonnleitner gemeinsam in der Bundespressekonferenz in Berlin.

Foto: Agnes Scharl

in den Entwicklungsländern. Die Lösung hierfür laute „Good Governance“. Das Recht auf Eigentum sowie Zugang zu Märkten und Produktionsmitteln, eine Verwaltung ohne Korruption, ein funktionierendes Bankwesen und leistungsfähige Infrastrukturen seien dafür die Voraussetzungen. „Eine funktionierende Landwirtschaft ist der Grundstein für Entwicklung und Wohlstand eines Landes“, erklärte Sonnleitner. Um die kaufkräftige Nachfrage nach Nahrungsmitteln in der Welt zu decken, seien weltweit steigende Erträge in der Landwirtschaft notwendig. Politische Forderungen nach einer Extensivierung bedeuten daher nach Aussage Sonn-

ferenz. So seien in 2007 weltweit nur 7 Prozent des Pflanzenölverbrauches von 127 Millionen Tonnen und 3,5 Prozent des Getreideverbrauches von 2,1 Milliarden Tonnen für die Bioenergie eingesetzt worden. „Deshalb sind unsere Landwirte über die heftige Debatte über die Bioenergie sehr verwundert“, stellte der DBV-Präsident fest. Er erinnerte an die geradezu euphorische Klimadebatte im vergangenen Jahr in Deutschland mit immer höher geschraubten politischen Zielsetzungen zur Kohlendioxidminderung und zum Einsatz von erneuerbarer Energie. Der DBV habe hier immer einen soliden und verlässlichen Weg angemahnt.

neuerbaren Energien in Deutschland auf der Grundlage des Erneuerbare Energien Gesetzes weiterzuentwickeln.

Dabei müsse aber nachhaltig und unter Vermeidung von Überhitzungen vorgegangen werden. Vor allem aber müssten der technische Fortschritt und die Effizienzsteigerung vorangetrieben werden, um langfristig die

Marktfähigkeit der erneuerbaren Energien zu erreichen. Bei der anstehenden Novelle bräuchte man keine generelle Erhöhung der Einspeisevergütung. Vielmehr sollte der Einsatz von Gülle und landwirtschaftlichen Nebenprodukten verstärkt in den Fokus gerückt werden, um vorhandene Energiepotenziale zu erschließen.

Trauer um Philipp Freiherr von Boeselager

Am 1. Mai 2008 verstarb der Ehrenvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, Philipp Freiherr von Boeselager, im Alter von 90 Jahren. DBV-Präsident Sonnleitner sprach der Trauerfamilie im Namen des DBV-Präsidiums sein Beileid aus. In einem Kondolenzschreiben hob er hervor, dass sich Boeselager „zeitlebens der Land- und Forstwirtschaft tief verbunden“ fühlte. Für seinen herausragenden Einsatz für die Belange des landwirtschaftlichen Berufsstandes wurde ihm die Andreas-Hermes-Medaille des DBV verliehen.



Foto: privat

Philipp Freiherr von Boeselager war von 1968 bis 1988 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände. Er bekleidete darüber hinaus eine Vielzahl hoher Ämter in der forstlichen Interessenvertretung. So hatte er unter anderem über Jahre den Vorsitz des Absatzfonds der deutschen Forstwirtschaft inne. Für seine vorbildlichen Leistungen wurde Boeselager mit der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Außerdem wurde Boeselager 2003 der Offiziersgrad der Französischen Ehrenlegion als Anerkennung seiner Haltung im Zweiten Weltkrieg verliehen. Philipp Freiherr von Boeselager spielte zusammen mit seinem älteren Bruder Georg eine zentrale Rolle beim gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944.

DBV sucht praxiserhaltende Lösungen für Kastration von Schweinen

Der DBV erwartet von dem derzeit laufenden EU-weiten Forschungsprojekt „PigCas“ tierschutzgerechte und wirtschaftliche Alternativen zu der üblichen betäubungslosen Kastration von männlichen Ferkeln. Seit Jahrzehnten werden

männliche Ferkel bis zum Alter von sieben Tagen kastriert, da der Verbraucher den später entstehenden Ebergeruch ablehnt. In bisherigen Gesprächen zwischen Deutschem Tierschutzbund und DBV bestand Einigkeit, dass man das Ziel verfolge, auf die Kastration gänzlich zu verzichten. Die derzeitigen Forschungen sind aber noch nicht beendet und bislang nicht praxistauglich. Das Tierschutzgesetz kann nach DBV-Ansicht daher nur geändert werden, wenn auch die Voraussetzungen für alternative Behandlungsmöglichkeiten praxistauglich vorhanden seien. Der DBV fordert den Deutschen Tierschutzbund auf, gemeinsam mit dem Lebensmittel Einzelhandel auch eine Veränderung des Einkaufsverhaltens der Verbraucher zu erreichen.

GfK-Umfrage bestätigt: Chloriertes Geflügelfleisch nicht erwünscht

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Lockerungen des Importverbots von US-amerikanischem chloriertem Geflügelfleisch gab die CMA Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH jüngst eine repräsentative GfK-Umfrage in Auftrag. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Mehrheit der Bundesbürger lehnt chloriertes Geflügelfleisch aus den USA eindeutig ab. Die Studie bestätigt zugleich die Bemühungen der heimischen Geflügelwirtschaft um den Verbraucherschutz.

80 Prozent der haushaltsführenden Frauen in Deutschland sprachen sich gegen den Verkauf

Landwirtschaft im Umbruch

Ende der siebziger Jahre begann für die deutsche Landwirtschaft ein neues Zeitalter. Nach der Einbeziehung in die Europäische Gemeinschaft, der zunehmenden Öffnung für den Weltmarkt und unter dem Druck wachsender Überschüsse löste eine Agrarreform die andere ab. Stück für Stück zog sich die Politik aus den Märkten zurück, entkoppelte die ständig verringerten Einkommenshilfen von der Produktion und überließ die Landwirte ihrem unternehmerischen Können. Gleichzeitig wurden die Grenzen für den internationalen Wettbewerb geöffnet. In Deutschland führte die Wiedervereinigung zu einem verstärkten Strukturwandel und völlig neuen Betriebsformen.

Die vier Autoren dieses Buches, Dr. Rudolf Schnieders, Professor Dr. Friedrich Golter, Professor Dr. Manfred Köhne und Dr. Henning Brand-Saßen schildern für diese Zeit bis zur Gegenwart sehr ausführlich die Vorgänge in der deutschen und europäischen Agrarpolitik, den Wandel auf den Agrarmärkten, die Entwicklung der Strukturen in der Landwirtschaft und ihren verwandten Bereichen sowie die Änderungen in der Agrarfinanzierung. Sie sind nicht nur kenntnisreiche und kritische Berichterstatter, sondern ziehen aus der Vergangenheit auch weitreichende Schlüsse für die Zukunft. Weil sie diese Zeit als leitende Funktionsträger des Berufsstandes und als Wissenschaftler an vorderster Stelle durchlebt und mit gestaltet haben, sind ihre Berichte und Kommentare authentisch, lebhaft und detailgetreu.

Viele Tabellen, Schaubilder und eine umfangreiche Zeittafel bereichern den Text. Auf Veranlassung des Deutschen Bauernverbandes und mit Unterstützung der Landwirtschaftlichen Rentenbank wurde ein grundlegendes Werk für Landwirte und all jene geschaffen, die mit der Landwirtschaft in vielfacher Weise verbunden sind.

Rudolf Schnieders, Friedrich Golter, Manfred Köhne, Henning Brand-Saßen: Landwirtschaft im Umbruch. Agrarpolitik, Markt, Strukturen und Finanzierung seit den siebziger Jahren. Herausgegeben von der Andreas Hermes Akademie, Bonn. 210 Seiten, Umschlag Hardcover, Format: 17 x 24 cm, 19,90 Euro. ISBN 978-3-8001-H 5776-1. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart.



von chlorierten Geflügelprodukten aus. Zugleich fordern sie die hohen deutschen beziehungsweise europäischen Qualitätsstandards auch für Geflügelimporte aus Drittländern. 83,2 Prozent der befragten Frauen bestätigen die Bedeutung eines eindeutigen Herkunftsnachweises bei frischem und gefrorenem Geflügel. Über drei Viertel der weiblichen Befragten wünschen dies auch bei verarbeiteten Geflügelprodukten.

Gen-Nahrung hat Chancen bei Verbrauchern

Gentechnisch veränderte Lebensmittel haben einer Studie zufolge eine Absatzchance bei deutschen Verbrauchern – wenn sie billig sind, so die Berliner Morgenpost vom 20. Mai. Demnach darf das Gen-Lebensmittel im Schnitt nur halb so viel wie ein gleichartiges, aber nicht gentechnisch verändertes Produkt kosten, damit Kunden es im Laden kaufen. Das gehe aus einer Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim hervor. Bei Tests mit Sojaöl und Schokoladenriegeln kaufen die Studienteilnehmer demnach Gen-Sojaöl, wenn es im Schnitt 47 Prozent billiger war als das gentechnikfreie Öl. Beim Schokoriegel mussten sie im Schnitt 59 Prozent sparen können, um sich für den Gen-Snack zu entscheiden.

Bis zu zwölf Prozent der Verbraucher war es sogar grundsätzlich egal, ob bei ihnen gentechnisch veränderte oder nicht veränderte Waren auf den Tisch kamen, und acht Prozent wollten sogar lieber die angebotenen Genprodukte. Die Forscher fanden zudem, dass gentechnisch veränderte Waren im Vergleich zu unveränderten umso günstiger sein müssen, je höher der Bildungsgrad der Käufer ist.

Die zehn Gebote zur Rettung des Klimas am Esstisch

Der italienische Bauernverband Coldiretti hat im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema „klimatisch und ökologisch nachhaltiger Kosum“ anlässlich des „Earth Day“ eine Reihe von Initiativen vorgestellt, die die Verbraucher bei der Wahl umwelt- und klimaschonender Lebensmittel unterstützen sollen. So könnte jeder Verbraucher durch gezieltes Verhalten beim Einkaufen und beim Verzehr von Lebensmitteln den Ölverbrauch senken und die Treibhausgasemissionen pro Jahr um rund 2.000 Kilogramm Kohlendioxidäquivalente reduzieren. Zu den Maßnahmen, die Coldiretti anregt, zählen die Einführung eines Herkunftslabells, die Einführung besonders ausgewiesener Flächen in Verbraucher- und Supermärkten für lokale Erzeugnisse, die Aufstellung von Milchautomaten und die Verwendung regionaler Produkte in Schul- und Krankenhauskantinen sowie die Förderung der Direktvermarktung und von Bauernmärkten.

Größtes Bauernfrühstück der Welt

Landwirtschaft live erleben hieß es beim größten Bauernfrühstück der Welt, das am 3. Mai gleichzeitig in München, Hamburg, Bonn, Leipzig und Paaren bei Berlin stattfand. In fünf riesigen Pfannen mit jeweils drei Meter Durchmesser wurden Rühreier mit Speck für alle Besucher gegen eine Spende an die Welthungerhilfe zubereitet. Zugleich erhielten die Besucher spannende Einblicke in die moderne Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion. Die Veranstaltung war der erste Höhepunkt der auf drei Jahre angelegten Kampagne „Das ist unsere Landwirtschaft“ der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft. Ziel dieser Kampagne ist es, die Öffentlichkeit über moderne und nachhaltige Landwirtschaft umfassend aufzuklären. Die breite Initiative, die vom DBV und von verschiedenen Landesbauernverbänden unterstützt wird, bietet Landwirten eine Plattform, auf



der sie sich und ihre Arbeit einer breiten Öffentlichkeit präsentieren können. Weitere Informationen unter www.unsere-landwirtschaft.de.



Für das Bauernfrühstück, das anlässlich der traditionellen Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung in Paaren bei Berlin stattfand, standen die Besucher Schlange. DBV-Vizepräsident Udo Folgart vertrat den Bauernverband.

Fotos: Neu

Coldiretti hat seine neue Initiative unter dem Titel „Die zehn Gebote von Coldiretti: Rette das Klima am Esstisch“ zusammengefasst.

1. Bevorzugen Sie bei Ihrem Einkauf lokale Produkte.
2. Verzehren Sie saisonales Obst und Gemüse.
3. Reduzieren Sie Zwischenstationen im Vertriebsnetz. Kaufen Sie beim Erzeuger.
4. Bevorzugen Sie unverpackte Produkte.
5. Kaufen Sie Familienpackungen, wodurch Sie – im Vergleich zu Einzelportionen – weniger Verpackung für mehr Lebensmittel verbrauchen.
6. Kaufen Sie in Gruppen ein, um den Energieverbrauch beim Einkauf zu reduzieren.
7. Verwenden Sie Einkaufstüten mehrmals und benutzen Sie keine Plastiktüten, sondern biologisch abbaubare Tüten aus national landwirtschaftlicher Herstellung oder Stofftaschen.
8. Optimieren Sie den Energieverbrauch bei der Zubereitung und Konservierung von Lebensmitteln mit energiesparenden Töpfen und Kühlschränken.
9. Vermeiden Sie Plastikteller und -besteck.
10. Trennen Sie Ihren Abfall, um daraus Energie neu zu gewinnen.

Überzeugendes Service-Angebot rund um die Landwirtschaft

Die DBV-Service GmbH informiert

Dr. Christiane Volkinsfeld
und Marco Groß

Seit Ende 2000 bietet die DBV-Service GmbH als ein modern geführtes Tochterunternehmen des Deutschen Bauernverbandes Serviceleistungen für die in der Land- und Forstwirtschaft, dem ländlichen Raum und den ihr nahestehenden Wirtschaftszweigen tätigen Menschen an. Bei der praktischen Umsetzung und für den direkten Kontakt zu den Menschen vor Ort arbeitet die DBV-Service GmbH eng mit den 18 Landesbauernverbänden zusammen. In Ergänzung zu den umfangreichen landesspezifischen Angeboten gibt es ein umfangreiches Service- und Dienstleistungspaket mit einem interessanten Produkt-Portfolio.

Vorteile nutzen

Durch den Abschluss von Rahmenverträgen mit vielen namhaften Autoherstellern wie zum Beispiel Citroën, Fiat, Hyundai, Kia, Mazda, Mitsubishi, Nissan, Opel, Peugeot, Renault, Toyota, Subaru und Suzuki profitiert die Zielgruppe von attraktiven Rabatten beim Neuwagenkauf. Daneben erhält sie auch bei der Autoanmietung, beim Tanken, Reifenkauf und Autoservice sowie bei unseren Partnern aus den Bereichen Groß- und Versandhandel und Telekommunikation Sonderkonditionen. Um den Bedürfnissen der Landwirte auch in Zukunft gerecht zu werden und die Mitgliedschaft in den Bauernverbänden noch interessanter zu gestalten, erweitert und entwickelt die DBV-Service GmbH in enger Kooperation mit den Landesbauernverbänden ihr bestehendes Serviceangebot kontinuierlich weiter.



Beispiel einer Mitgliedskarte des Landvolks Niedersachsen.

Dabei sein ist alles

Mit Hilfe einer Mitgliedskarte der Landesbauernverbände ist es denkbar unbürokratisch und einfach, die Angebote abzurufen – detaillierte Informationen hierzu gibt es in den Landes- bzw. Kreisgeschäftsstellen der Bauernverbän-

de. Tagesaktuell sind die bundesweiten Angebote auch auf unserer Internetseite unter www.dbv-service.de abrufbar.



Bundesweite Angebote im Überblick

Automobile Alfa Romeo, Chevrolet, Citroën, Fiat, Ford, Hyundai, Kia, Lancia, Land Rover, Lexus, Mazda, Mitsubishi, Nissan, Opel, Peugeot, Renault, Subaru, Suzuki, Toyota	Nachlässe zwischen 8 % und 29 % auf den Listenpreis je nach Hersteller und Modell
Autovermietung Hertz	Mitglieder erhalten Sonderkonditionen bei PKW- und LKW-Anmietungen
Mineralöl Total	Preisnachlass auf Dieselmotoren- und Schmierstoffe, bundesweit an allen Total-Tankstellen
Reifen- und Autoservice Vergölst	5 % Rabatt auf den ausgehandelten Preis für PKW-Neureifen und Runderneuerte, attraktive Rabatte auf Autoserviceleistungen
Verkaufsfahrzeuge MCV	Verkaufsfahrzeuge für Direktvermarkter, umfangreiches Winterpaket inklusive
Telefon – Festnetz und Mobilfunk T-Com T-Mobile Vodafone	attraktive Sonderkonditionen in den Geschäftskundentarifen bei T-Com, T-Mobile und Vodafone
Büroausstattung berolina – Schriftbild	Sonderpreise für Fax- und Tonerkartuschen
Großhandel C+C Metro	Landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe erhalten bei Vorlage der Mitgliedskarte unbürokratisch einen Metro-Ausweis
Versandhandel Schwab	7 % Preisnachlass auf die Katalogpreise, reduzierte Versandkostenpauschale

i.m.a - information.medien.agrar e.V.
 Konstantinstr. 90
 53179 Bonn
 Tel.: 0228 97 99 370
 Fax: 0228 97 99 375
 info@ima-agrar.de
 www.ima-agrar.de

information.
 medien.agrar e.V.

ima

Positivbeispiel: Der Birknerhof im Schulbuch

Die i.m.a-Aktion mit dem Aufruf an alle Bauernfamilien, die „Schulbücher zu prüfen“, hat nicht nur Rückmeldungen zu mangelhaften bis kritischen Darstellungen über die Landwirtschaft hervorgerufen. Vielmehr hat die Familie Birkner auf das Schülerbuch „Wege zum Beruf“ der

schaft-Technik überzeugt durch eine abgerundete Darstellung, indem auch Themen wie die „Rolle der Ehefrau“ oder die „Einnahmequellen“ des Birknerhofes spannenden Diskussionsstoff für den Unterricht liefern. Die i.m.a appelliert erneut an alle Bäuerinnen und Bauern: Nennen Sie uns positive wie negative Beispiele in Schulbüchern.

Neue 3-Minuten-Informationen

Unsere Landwirtschaft braucht in der Diskussion mit der Bevölkerung Fakten und Argumente in überzeugender Kurzform. Diese liefern die „3 Minuten Infos“ der i.m.a zu unterschiedlichen Landwirtschaftsthemen. Vier Ausgaben mit aktuellem Bezug sind jetzt neu erschienen: „Lebensmittel Preis – wert“, „Landwirtschaft und Biodiversität“, „Milch ist ihren Preis wert“ und „Vielfalt: nicht immer erwünscht“.

Auf Grund der hohen Nachfrage wurden als „3 Minuten Info“ Erläuterungen zu den landwirtschaftlichen Kulturarten „Weizen“, „Kartoffeln“, „Zuckerrüben“, „Triticale“ und „Dinkel“ nachgedruckt. Als Argumentationshilfe ist jede „3 Minuten Info“ besonders geeignet, weil aus historischer und allgemein übergeordneter Sicht alle Sachverhalte und mögliche Fragestellungen verständlich erörtert werden. Anzufordern beim information.medien.agrar (i.m.a) e.V., Konstantinstraße 90, 53179 Bonn, Tel. 0228-9799370, Fax: 0228-9799375, E-Mail: info@ima-agrar.de, www.ima-agrar.de.



Hauptschule in Bayern (Klasse 8) aufmerksam gemacht, wo auf zehn Seiten der Birknerhof als leistungsfähiger Landwirtschaftsbetrieb in der Oberpfalz realistisch und lebendig vorgestellt wird. Zum Thema „Betriebserkundung Urproduktion“ lernen die Schüler anhand von Abbildungen und Übersichten, wie Rinder gehalten, Milchleistungen erreicht und die Arbeitszeiten mit Füttern, Melken und Tierpflege eingeteilt werden. Hilfreich und Interesse weckend ist in diesem Zusammenhang auch der „Vorschlag für den Erkundungsablauf“ einer Schulklasse. Besonders fachdidaktisch wertvoll ist der „Betriebsspiegel“ mit der Gegenüberstellung der Zeit von 1960 und 2006: Hier wird nachhaltig veranschaulicht, wie sich der Hof in seiner Wirtschafts- und Arbeitsweise binnen 45 Jahren verändert hat. Das kommt ebenfalls in dem Kapitel „Der vernetzte Stall“ zum Ausdruck, wo die computergesteuerten Arbeits- und Produktionsabläufe bildreich erklärt werden.

Das im Bildungsverlag EINS GmbH (Troisdorf) erschienene Schulbuch für das Fach Arbeit-Wirt-

Jahresbericht 2007/2008 erschienen

Alle Jahre wieder gibt die i.m.a ihren Jahresbericht heraus, der aktuell für den Zeitraum 2007/2008 (Juni bis Mai) die vielfältigen Aktivitäten aufzeigt. Unter dem Motto „Mit der i.m.a die Landwirtschaft entdecken...“ werden Aktionen in Feld und Flur (Lockposten), auf



dem Hof (Bauernhof als Klassenzimmer), in der Stadt, in der Schule (Lehrerseminare) und auf Messen (didacta) erläutert. Damit ist der Jahresbericht zugleich Spiegelbild aktiver berufsständischer Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der 28 i.m.a-Mitgliedsorganisationen.

Tag des offenen Hofes

Die Aktivitäten der bäuerlichen Familien zum diesjährigen bundesweiten „Tag des offenen Hofes“ unterstützt auch die i.m.a wiederum mit einem umfangreichen Informations-„Materialpaket“. Vor allem die DIN-A1 großen Poster eignen sich als Blickfang für Besucher auf den Höfen. Diese Poster gibt es zu den Produktionsbereichen Tier (Kuh, Schwein) und Pflanze (Getreide, Kartoffel, Zuckerrübe). Darüber hinaus stoßen insbesondere die i.m.a-Klassiker wie „1x1 der Landwirtschaft“ oder „Agrimente“ bei Hoferkundungen stets auf reges Interesse. Das „Materialpaket“ ist anzufordern beim information.medien.agrar (i.m.a) e.V., Konstantinstraße 90, 53179 Bonn, Tel. 0228-9799370, Fax: 0228-9799375, E-Mail: info@ima-agrar.de, www.ima-agrar.de.



Weniger Rindfleisch in der EU erwartet

Dr. Dietmar Weiß, ZMP, Abteilung Vieh & Fleisch

Rind- und Kalbfleisch werden in diesem Jahr knapper am Markt verfügbar sein. Einerseits wird mit einem Rückgang der EU-Erzeugung gerechnet, andererseits werden voraussichtlich deutlich weniger Rindfleischimporte aus Südamerika in die EU gelangen. Damit könnten die Schlachtviehpreise steigen.

Ende 2007 waren in der Gemeinschaft 88,8 Mio. Rinder aufgestellt. Erstmals seit vielen Jahren wurde kein Rückgang des Viehbestandes beobachtet, die Rinderherde wuchs um 0,4 % im Vergleich zur Vorjahreszählung. Zu dieser Entwicklung trug bei, dass sich der Kuhbestand stabilisierte und nicht wie in den Vorjahren abnahm. Durch die veränderte Lage am Milchmarkt schrumpft der Kuhbestand nicht mehr so stark, da die Tiere für die Produktion benötigt werden. Dies führte bereits im vergangenen Jahr zu einer Verknappung des Schlachtkuhangebotes. Die Erzeugung von Kuhfleisch war, im Gegensatz zum männlichen Schlachtvieh, rückläufig. Der stärkste Rückgang bei den Schlachtungen war mit 4,5 % jedoch im Bereich der Kälber festzustellen, weil dieser Sektor besonders unter den hohen Futtermittelpreisen (Milchpulver) litt. Teilweise wurden die Tiere als normale Bullen ausgemästet und erhöhten so das Jungbullenangebot (+2,0 %). Insgesamt stieg aufgrund der höheren Schlachtgewichte die Nettoerzeugung in der EU-25 um 0,8 % auf knapp 8 Mio. t an. Nach den bisher vorliegenden Zahlen aus Bulgarien und Rumänien brach dort die Erzeugung ein, so dass sich für die EU-27 insgesamt kein Produktionsanstieg ergab.

Die Erzeugerpreise erreichten 2007 nicht das Niveau des Vorjahres. Bei Jungbullen der Handelsklasse R3 ging der mittlere Preis in der EU um 4,6 % auf 3,01 EUR/kg SG zurück, bei Kühen um 3,4 % auf 2,30 EUR/kg SG.

Erzeugung insgesamt etwas kleiner

Für 2008 wird ein Rückgang der Rind- und Kalbfleischerzeugung in der EU erwartet. Dieser wird mit einem Minus von einem Prozent oder gut 80.000 t voraussichtlich nicht allzu drastisch ausfallen. Bei einer Betrachtung in Tonnen wird jedoch viel davon abhängen, wie sich die Schlachtgewichte entwickeln. Letztes Jahr kam es zu einem Anstieg der Schlachtgewichte, besonders in den alten EU-Ländern (+2,5 %). Dies bewirkte letztlich in vielen Ländern den leichten Produktionsanstieg. Mittlerweile sind

die Kraftfutterpreise jedoch explodiert. Vielfach wird davon ausgegangen, dass Tiere nicht ausgemästet werden, sondern früher zur Schlachtung gelangen. Ein starker Rückgang der Schlachtgewichte könnte die Erzeugung in Tonnen stärker sinken lassen als angenommen.

Nur vereinzelt mehr Rinder

In den einzelnen Ländern der Gemeinschaft ist die Produktionserwartung unterschiedlich. Entgegen dem Trend wird beispielsweise in den Niederlanden mit einem Produktionsanstieg von 4,5 % gerechnet. Der Rinderbestand wurde laut Viehzählungsergebnissen um 4 % oder fast 150.000 Tiere aufgestockt, davon allein 50.000 Milchkühe und 80.000 Jungtiere unter einem Jahr. Dies wird 2008 zu einer höheren Erzeu-

gung führen, wobei vor allem Zuwächse in der Kalbfleischproduktion (+7 %) erwartet werden.

Auch in Frankreich dürfte die Erzeugung 2008 zulegen, voraussichtlich um 1,6 %. Hintergrund ist, dass bereits 2007 die Ausfuhr von Fressern nach Italien wegen der Blauzungenkrankheit ins Stocken geraten ist. Momentan verlangt Italien die Impfung von Tieren, die über die Grenze gehen. Der Impfstoff ist jedoch nicht überall verfügbar und es sind Wartezeiten einzuhalten. Ein Teil der ursprünglich für die Ausfuhr vorgesehenen Tiere musste und muss immer noch im eigenen Land ausgemästet werden, was die heimische Erzeugung in die Höhe treibt.

Angebot an Kühen knapp?

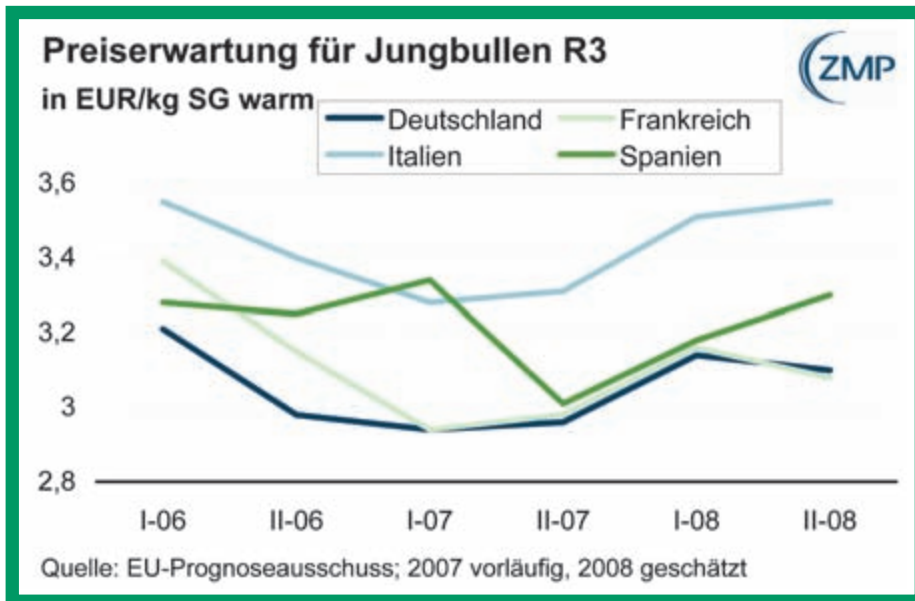
In den bedeutenden Produzentenländern Italien, Spanien und Deutschland wird mit einem leichten Rückgang der Erzeugung gerechnet. Insbesondere in Spanien ist die Verunsicherung über die weitere Marktentwicklung groß, nachdem der Tod zweier Menschen wegen der auf BSE zurückgeführten Variante der Kreuzfeldt-

EU-Bruttoeigenerzeugung von Rind- und Kalbfleisch



1.000 t SG	2007v	2008s	2009s	2008 zu 07
Belgien/Luxemburg	305	299	297	-2,0%
Dänemark	132	127	126	-3,8%
Deutschland	1.218	1.197	1.187	-1,7%
Spanien	580	564	562	-2,8%
Frankreich	1.751	1.779	1.751	1,6%
Irland	608	577	583	-5,1%
Italien	893	880	870	-1,5%
Niederlande	358	374	367	4,5%
Portugal	93	96	96	3,2%
Vereinigtes Königreich	889	890	884	0,1%
Österreich	220	218	216	-0,9%
Schweden	135	131	130	-3,0%
EU-15	7.311	7.254	7.189	-0,8%
Tschechien	92	90	90	-2,2%
Polen	383	385	.	0,5%
Slowakei	56	56	.	0,0%

Quelle: EU-Kommission, nationale Statistiken, eigene Schätzungen; v vorläufig, s geschätzt.



Jakob-Krankheit bekannt wurde. Aufgrund der stark gestiegenen Futtermittelkosten scheinen vor allem kleinere Betriebe aus der Rindfleischherzeugung auszusteigen. Der erwartete Rückgang der Erzeugung könnte dazu führen, dass 2008 in Spanien erstmals mehr Rindfleisch ein- als ausgeführt wird.

In Deutschland könnte nach Aufstockung der Milchquoten das Angebot an Schlachtkühen und Färsen kleiner ausfallen, da diese Tiere in der Milcherzeugung benötigt werden. Lässt man den Produktivitätsfortschritt einmal außer Acht, sind zur Erfüllung der höheren Milchquote etwa 100.000 Kühe zusätzlich nötig. Tatsächlich dürfte die Milchleistung aber 2008 weiter steigen, so dass dem Markt weit weniger Tiere fehlen werden. Für Deutschland könnte sich in diesem Jahr ein Rückgang der Rind- und Kalbfleischerzeugung zwischen einem und zwei Prozent ergeben.

Weniger Importe

Aus der eigenen Erzeugung dürfte dem EU-Markt etwas weniger Rind- und Kalbfleisch zur Verfügung stehen. Zudem ist mit rückläufigen Fleischimporten aus Südamerika zu rechnen. In Brasilien sind derzeit nur knapp 100 Erzeugerbetriebe für den EU-Export zugelassen, ein Bruchteil der noch vor einem Jahr für den Export tätigen Unternehmen. Brasilien hat es nicht verstanden, die von der EU geforderten

Einfuhrbestimmungen zu gewährleisten. Die Folge sind erhebliche Importbeschränkungen für den wichtigsten EU-Lieferanten. Frühestens ab Sommer dieses Jahres kann wohl mit einem Anstieg der Einfuhren gerechnet werden. Im vergangenen Jahr stammten zwei Drittel der EU-Einfuhren aus Brasilien, das waren nach Kommissionsangaben 360.000 t. Sollten dieses Jahr 30 % weniger Rindfleisch kommen, entspräche das einer Menge von mehr als 100.000 t. Andere Anbieter können das nicht ausgleichen. Da die argentinische Regierung die Rindfleischausfuhr zwecks Inflationsbekämpfung im eigenen Land zu drosseln versucht, kann auch der zweitwichtigste EU-Anbieter die Lücke nicht füllen. Uruguay und Australien werden ihre Liefermengen in die EU vermutlich steigern, doch wird das nicht ausreichen, um fehlende Mengen aus Brasilien und Argentinien zu ersetzen. Es ist deshalb mit einem merklichen Einfuhrückgang zu rechnen. Entsprechend zogen bereits die Preise für Teilstücke an. Am Hamburger Großmarkt ist der Preis für frische südamerikanische Filets seit Jahresbeginn von 20 auf 30 EUR/kg geklettert, Roastbeefs sind von 8 auf 14 EUR/kg gestiegen.

Exporte und Verbrauch rückläufig

Sollte es zu dem erwarteten Produktions- und Einfuhrückgang kommen, fällt das Rind- und Kalbfleischangebot in der Gemeinschaft im

Vergleich zum Vorjahr um 180.000 t kleiner aus. Allerdings dürfte die Fehlmenge durch weiter rückläufige Exporte verringert werden. Wurden Mitte der 90er Jahre noch weit über 1 Mio. t Rindfleisch exportiert, waren es 2007 nur noch 240.000 t (inklusive Lebendvieh). Vor allem die Ausfuhr in Richtung Russland hat sich im vergangenen Jahr deutlich abgeschwächt.

Die EU-Exporte werden 2008, auch aufgrund des Währungsnachteils gegenüber dem US-Dollar, die Marke von 200.000 t wahrscheinlich unterschreiten. Die Langzeitprognose weist sogar aus, dass sie im nächsten Jahrzehnt praktisch gegen null tendieren. Der Verbrauch an Rind- und Kalbfleisch wird die Zugewinne des vergangenen Jahres von etwas mehr als 100.000 t dieses Jahr wieder abgeben. Die geringere Verfügbarkeit und der voraussichtlich steigende Verbraucherpreis dürften konsumdämpfend wirken. Es wird ein Rückgang von etwas mehr als 1 % erwartet.

Preise steigen

Durch das kleinere Angebot und rückläufige Importe werden die Rindfleischpreise steigen. Die Mitglieder im Prognoseausschuss rechnen mit einem Anstieg bei den Jungbullenpreisen von etwa 7 %. Das entspräche einem Zuwachs von 20 ct/kg auf ein mittleres Niveau von 3,15 EUR/kg. Die Schlachtkuhpreise könnten sogar noch etwas stärker ansteigen. Voraussetzung dafür wird jedoch sein, dass der Milchpreis nicht zu stark unter Druck gerät und die Tiere in der Milchproduktion gehalten werden.

Stabile Produktion für 2009 erwartet

Für das Jahr 2009 rechneten die anwesenden Mitglieder im Prognoseausschuss tendenziell mit einer stabilen, eventuell leicht abnehmenden Rindfleischerzeugung. Das erwartete höhere Preisniveau sollte die Produktion stützen, auch wenn die Produktionskosten gegenwärtig nicht voll gedeckt sind. 2009 wird auch wieder mit einem größeren Schlachtkuhangebot gerechnet. Die Preise, soweit überhaupt vorhersehbar, sollten sich gut auf dem erreichten Niveau behaupten können und eventuell noch etwas zulegen, weil die hohen Futter- und Energiepreise früher oder später Eingang in den Rohstoffpreis finden müssen.

Käseverbrauch wird steigen

Monika Wohlfarth, ZMP, Abteilung Milch & Milchprodukte

Die EU-Kommission hat im März eine Prognose für die Entwicklung der Agrarmärkte bis zum Jahr 2014 vorgelegt. Danach wird erwartet, dass die Milcherzeugung in den nächsten Jahren leicht ansteigt. Die Quotenerhöhung um 2 % für alle Mitgliedstaaten ab dem 1. April 2008 wurde in der Prognose allerdings noch nicht berücksichtigt.

Die EU-Milchanlieferung an Molkereien hatte sich nach Einschätzung der Kommission 2007 im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Entsprechend den Quotenerhöhungen um 0,5 % wird erwartet, dass die Milcherzeugung ab April 2008 leicht ansteigen und dann bis 2014 weitgehend stabil bleiben wird. Eine Zunahme der Milchanlieferung 2008 hält die Kommission für möglich, falls die Erzeugerpreise weiter steigen. In den vergangenen zwei Jahren zeigte sich, dass einige Mitgliedstaaten ihre Erzeugung nicht erhöht und ihre Quoten nicht voll ausgeschöpft hatten, trotz positiver Preisanreize. Für die EU-15 wird kein stärkerer Anstieg der Milcherzeugung über den Quotenrahmen hinaus erwartet. Nach einer kurzfristigen Ausdehnung wird die Milchproduktion in der EU-27 ab 2011 leicht zurückgehen und sich auf einem Niveau von 147,3 Mio. t einpendeln. Die Bedeutung der Subsistenzwirtschaften in der EU-12 nimmt dabei kontinuierlich ab, was zu einer höheren Anlieferungsrate an die Molkereien führen wird. Während in der EU-15 über 90 % der Milch an die Molkereien geliefert werden, sind der Eigenverbrauch und die Direktvermarktung in einer Reihe von Ländern der EU-12 nach wie vor bedeutend. 22 % der erzeugten Milch fließen in den EU-10 Ländern in diesen Bereich. In den neuen Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien sind es sogar über 73 %.

Käseerzeugung und -verbrauch nehmen zu

Die Käseerzeugung in der EU-27 wird mittelfristig um 8 % steigen, vor allem aufgrund expansiver Tendenzen in der EU-12. Für die zusätzlichen 743.000 t Käse, die von 2007 bis 2014 produziert werden sollen, werden etwa 4,1 Mio. t Milch benötigt. Dies ist mehr, als an zusätzlichen Milchanlieferungen (2,8 Mio. t) erwartet wird. Die Folge wird eine geringere Magermilchpulver- und Buttererzeugung sein.

Mittelfristig bleibt der Trend beim Käseverbrauch positiv, auch wenn die Zuwachsraten im Vergleich zu den vorigen Jahrzehnten kleiner werden, insbesondere in der EU-15. Der derzeitige Pro-Kopf-Verbrauch der EU-27 wird von 17,2 kg auf etwa 18,8 kg im Jahr 2014 steigen. Als Folge von wachsenden Einkommen und sich ändernden Ernährungsgewohnheiten wird auch in den 12 neuen EU-Mitgliedstaaten der Pro-Kopf-Verbrauch um etwa 37 % steigen. Damit

nimmt der Verbrauch am Binnenmarkt die zusätzlichen Produktionsmengen auf, was das Angebot für den Export begrenzen wird. Die Ausfuhren sollen bis zum Jahr 2014 auf 547.000 t zurückgehen. Die Importe werden dagegen leicht zunehmen, da die Quoten für den Mindestzugang stärker ausgenutzt werden.

Rückläufiger Trend am Buttermarkt

Nach einer leichten Erholung der Buttererzeugung 2007 infolge gestiegener Preise wird mittelfristig wieder mit einer rückläufigen Tendenz gerechnet. Die zunehmende Erzeugung von höher veredelten Produkten wird zu einer begrenzten Verfügbarkeit von Milchfett für die Butterproduktion führen. Bis 2014 wird ein Rückgang um 9 % auf 1,9 Mio. t erwartet. Auch der Verbrauch wird weiter abnehmen, was teilweise auf die Abschaffung der Beihilfen zurückzuführen ist. Die Butterexporte werden zwischen 2005 und 2014 um rund 70 % sinken. Die Importe dürften mittelfristig stagnieren. Das Überangebot an Butter in der EU wird verschwinden. Ab 2009 geht man davon aus, dass die Einfuhren die Ausfuhren übertreffen werden. Bis 2014 wird keine Bildung von Interventionsbeständen erwartet. Die Preise am Binnenmarkt bleiben fest und werden sich über

dem Interventionspreis behaupten. Zwischen den Preisen am Binnenmarkt und den Weltmarktpreisen bleibt voraussichtlich eine Lücke bestehen.

Produktionsrückgang bei Magermilchpulver

Die Erzeugung von Magermilchpulver wird voraussichtlich wieder abnehmen. Bis 2014 wird ein Produktionsrückgang um 14 % erwartet. Bei gleichzeitig stabiler Nachfrage am Binnenmarkt werden die Exporte sinken. Es wird keine Notwendigkeit bestehen, Magermilchpulver im Rahmen der Intervention anzukaufen. Als Folge einer rückläufigen Verfügbarkeit von Proteinen und einer starken Nachfrage werden sich die Preise am Binnenmarkt deutlich über der Interventionsverwertung bewegen.

Aussichten am Weltmarkt

Der starke Anstieg der Weltmarktpreise 2007 dürfte zu einer kurzfristigen Ausweitung der Milcherzeugung führen, die einen Rückgang der Milchproduktpreise nach sich zieht. Diese dürften aber höher bleiben als in der Zeit vor 2007. Der mittelfristige Ausblick für den Milchsektor wird von einer weiter wachsenden globalen Nachfrage nach Milchprodukten dominiert, die durch steigendes Einkommen und Bevölkerungswachstum in vielen Regionen der Welt gewachsen ist. Die sich verändernden Essgewohnheiten in Südostasien, dem Nahen Osten und Nordafrika werden das stärkste Nachfragewachstum indizieren. Ein bedeutender Anteil der steigenden Nachfrage

wird voraussichtlich durch die heimische Produktion gedeckt werden. Die größte Produktionsausweitung wird in China, Indien und Amerika erwartet. Australien und Neuseeland werden voraussichtlich ihren Marktanteil bei den Butter- und Vollmilchpulverausfuhren ausdehnen, während die USA und Indien die Magermilchpulverexporte steigern werden. Die Ukraine wird ein bedeutender Käseexporteur bleiben, allerdings in Abhängigkeit von den Importen Russlands.

EU-Prognose zum Milchmarkt			
in 1.000 t	2008	2009	2014
Milchkühe ¹⁾	23,5	23,2	21,9
Milcherzeugung ²⁾	147,3	147,5	147,3
Milchanlieferung ²⁾	133,6	134,4	135,6
Butter			
Erzeugung	2.059	2.028	1.922
Verbrauch	2.054	2.032	1.952
Exporte	90	81	54
Käse			
Erzeugung ³⁾	9.117	9.283	9.707
Pro-Kopf-Verbrauch	17,5	17,8	18,8
Exporte	625	604	547
Magermilchpulver			
Erzeugung	893	866	807
Verbrauch	793	797	778
Exporte	120	89	39

Quelle: EU-Kommission; 1) in Mio. Tieren; 2) in Mio. t; 3) einschließlich Schmelzrohware, ohne Hofkäse

Deutsche Exporte auf Erfolgskurs

Steffen Reiter

Die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft schreibt erneut Rekordzahlen im Export. Nach Schätzungen der CMA Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH wuchsen die Ausfuhren 2007 auf 45,9 Milliarden Euro an. Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Auslandserlöse somit um mehr als 13 Prozent gesteigert. Damit setzt sich der langfristige Trend beim Auslandsabsatz weiterhin fort. Für die deutschen Landwirte ist der Export ein wichtiges Standbein, denn sie verdienen mehr als jeden fünften Euro mit dem Absatz ihrer Produkte jenseits unserer Grenzen.

Der gute Ruf von Produkten „Made in Germany“ eilt den Erzeugnissen der heimischen Agrar- und Ernährungswirtschaft voraus. Ein Grund für die hohe Nachfrage im Ausland ist das gute Image deutscher Lebensmittel. Für Verbraucher im Ausland stehen die Produkte vor allem für hervorragende Qualität, Geschmack, Vielfalt und Natürlichkeit. Auch Handelspartner schätzen die Zusammenarbeit mit deutschen Exporteuren. Eine CMA-Umfrage zeigt, dass die spontanen Assoziationen zu Deutschland überwiegend positiv sind. Die deutsche Wirtschaft wird als erfolgreich beurteilt, die Produkte sind aufgrund ihrer hohen Qualität beliebt und deutsche Handelspartner werden als zuverlässig, ehrlich und vertrauenswürdig eingeschätzt.

Die seit Jahren zu beobachtende günstige Exportentwicklung für deutsche Erzeugnisse baut auf diesem positiven Image von Agrarprodukten und Lebensmitteln „Made in Germany“ auf. Insbesondere die Ausfuhr von Qualitätsprodukten und hochwertigen Veredlungserzeugnissen kennzeichnet den deutschen Agrarexport. Die wichtigsten Produktgruppen im Auslandsgeschäft sind Fleisch und Fleischwaren sowie Milch und Milcherzeugnisse.

Europameister bei Schweinefleisch und Käse

Deutschland ist der größte Erzeuger von Schweinefleisch in Europa und seit 2005 auch Nettoexporteur von Schweinefleisch. In den vergangenen zwei Jahren bauten die deutschen

Exporteure diese Position aus. Etwa 1,5 Millionen Tonnen Schweinefleisch wurden 2007 ausgeführt. Da gleichzeitig der Inlandsabsatz nur leicht zulegte und der Import im Wesentlichen stabil blieb, war der Export ein wichtiger Absatzkanal der zusätzlich produzierten Mengen. Auch beim Käseexport ist Deutschland führend. Mit einem Wert von 2,7 Milliarden Euro ist die heimische Agrar- und Ernährungsindustrie hier Export-Europameister. Insgesamt weist die Warengruppe Milch und Milcherzeugnisse hohe Steigerungsraten auf. In diesem Produktsegment stiegen die Ausfuhren um 27 Prozent auf einen Exportwert von 7 Milliarden Euro an.

Wichtiges Zielgebiet der deutschen Exporte ist der gemeinsame Binnenmarkt der Europäischen Union. Etwa 80 Prozent der Waren werden dort vermarktet. Dabei sind gerade hochentwickelte Märkte wie Italien oder Frankreich wichtige Kunden. Auch der Absatz deutscher Produkte in den häufig agrarisch geprägten Staaten, die 2004 und 2007 der EU beitraten, hat sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Wichtigster Abnehmer ist Polen, das im vergangenen Jahr Waren im Wert von 1,6 Milliarden Euro aus Deutschland bezogen hat, gefolgt von Tschechien und Ungarn.

dbk startet Serie über CMA-Auslandsbüros

Zielführend für den Markteinstieg und die Etablierung deutscher Waren auf ausländischen Absatzmärkten sind vor allem Aktivitäten mit ortsansässigen Handelspartnern, wie beispielsweise Verarbeitern, Importeuren und dem Lebensmitteleinzelhandel. Hier setzt die Arbeit der CMA als kompetenter Ansprechpartner an, denn deutsche Unternehmen benötigen diverse Marktinformationen und Hilfestellungen beim Einstieg ins Exportgeschäft. Die CMA bietet dafür Exportpakete an, deren Bausteine sich an den Produkten, der Exporterfahrung und den Zielmärkten orientieren.



Foto: CMA

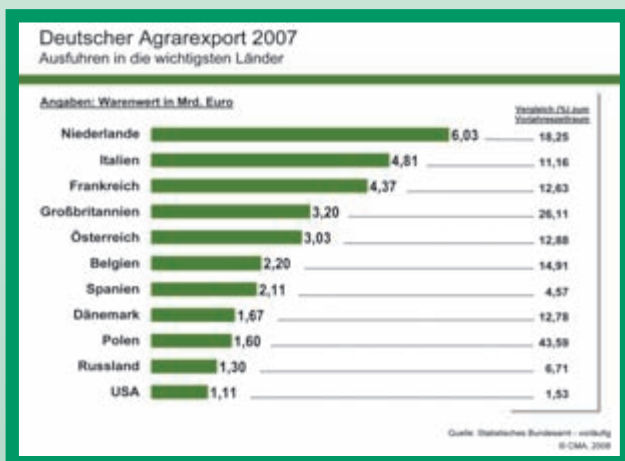
Steffen Reiter

ist seit Februar 2008 Leiter des Export-Managements der CMA. Der 1969 geborene studierte Diplom-Agraringenieur startete seine berufliche Karriere als Sendeleiter bei einem privaten Berliner Radiosender. 1998 absolvierte er ein Volontariat in der CMA und war anschließend Mitarbeiter der CMA-Pressestelle. Im Anschluss daran leitete Steffen Reiter die Stabstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit Sport der Altus Media AG in Berlin. Nach seiner Rückkehr in die CMA im Jahr 2002 leitete er bis Februar 2008 die Abteilung „Exportmarketing landwirtschaftliche Rohprodukte“.

Zu den Dienstleistungen der CMA für die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft gehört auch die Bereitstellung eines Netzwerkes von Auslandsbüros. Sie dienen deutschen Unternehmen als Anlaufstelle und liefern Informationen zu den entsprechenden Zielmärkten. Darüber hinaus fungieren die Auslandsbüros als Kontaktplattform, die direkte Verbindungen zur Branche vor Ort herstellen. Aktuell stehen CMA-Mitarbeiter in elf Ländern als Ansprechpartner zur Verfügung – vornehmlich in der EU, der wichtigsten Absatzregion, aber auch in Drittländern, wie beispielsweise in Japan oder Russland.

Im Rahmen der aktuellen Neustrukturierung der CMA wird die Exportförderung weiter ausgebaut. Dazu gehört auch eine Erweiterung des CMA-Netzwerkes. Dabei stehen insbesondere die Wachstumsregionen Asiens, des mittleren Ostens und der ehemaligen GUS-Staaten im Mittelpunkt.

In den nächsten Ausgaben der Deutschen Bauern Korrespondenz werden Sie an dieser Stelle über die Arbeit der elf CMA-Auslandsbüros in den verschiedenen Ländern informiert. Gewinnen Sie einen Einblick in die Strukturen der ausländischen Märkte und erfahren Sie, was die CMA-Auslandsbüros vor Ort für die heimische Agrar- und Ernährungswirtschaft leisten.



Getreidequalität in der Kette sichern

CMA fördert Pilotprojekt in Niedersachsen

Kathrin Endemann

Verbraucher wünschen sich sichere Lebensmittel. Dafür müssen die Produktionsketten vom Feld oder Stall bis zum Teller transparent sein. Dieses Ziel verfolgte auch das Pilotprojekt „Kundenorientierte Qualitätssicherung in der Wertschöpfungskette Getreide“ in Niedersachsen, das kürzlich nach anderthalb Jahren endete. Unterstützt wurde dieses von der CMA Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH und dem Landwirtschaftsministerium Niedersachsen. Der Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V. (BVA) führte das Projekt durch.

„Qualitätssicherung ist ein elementares Instrument, um sich am Markt dauerhaft positionieren zu können“, weiß Wilfried Kamphausen, Leiter des Ressorts Wirtschaftspartner in der CMA. „Dadurch wird die Produktsicherheit und die aus Verbrauchersicht so wichtige transparente Produktion gewährleistet. Zudem ist die Qualitätssicherung für den Export eine unverzichtbare Voraussetzung.“

entscheidend, da diese als Schnittstelle zwischen den einzelnen Gliedern der Prozesskette fungiert. Dadurch kann eine enge Abstimmung zwischen Agrarwirtschaft und der weiterverarbeitenden Industrie, seien es Mühlen, Ölmühlen, Futtermittelwirtschaft, Mälzereien oder Stärkeindustrie, gewährleistet werden.

Dokumentation optimieren – Bürokratie gering halten

Zu Beginn des Projektes wurde eine Ist-Analyse bei Getreide anbauenden Landwirten in Niedersachsen und im Landhandel durchgeführt. Auf dieser Basis wurde ein Maßnahmenkatalog entwickelt und umgesetzt. Generell zeigten sich selten Probleme bei ackerbaulichen oder lagertechnischen Fragen, jedoch ist die Dokumentation der durchgeführten Arbeiten noch zu optimieren. Vonseiten der Landwirte ist das Verständnis für die Notwendigkeit von Maßnahmen für die Qualitätssicherung vorhanden. Um dem Dokumentationsaufwand bei Arbeitsspitzen nachkommen zu können, wünschen sie sich Systeme mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand.

Der BVA plant in einem nächsten Schritt, die innerhalb des Projektes gesammelten Informationen mittels Schulungen den Unternehmen des Landhandels zur Verfügung zu stellen. Von Vorteil ist, dass der geschulte Außendienstmitarbeiter seine Betriebe sowie mögliche Probleme in der Produktionskette kennt und vor allem das Vertrauen der Landwirte genießt. Dies ist bei der Beseitigung von eventuellen Schwachstellen mitentscheidend, denn nur ein von den Marktpartnern akzeptiertes System nützt allen Beteiligten. „Wichtig ist weiterhin“, so eine Anforderung von Kamphausen an Qualitätssicherungsmaßnahmen, „dass die Landwirte über eine Prozessoptimierung einen Zusatznutzen für ihre innerbetrieblichen Abläufe erhalten.“

CMA unterstützt Innovationsprojekte mit der Wirtschaft



„Wir fördern beispielhafte Innovationsprojekte zum Nutzen der deutschen Agrarproduzenten“, so Wilfried Kamphausen, Leiter des Ressorts Wirtschaftspartner.

Foto: CMA

„Lebensmittel aus der Nachbarschaft genießen eine hohe Wertschätzung bei den Verbrauchern. Um diese in eine höhere Wertschöpfung für die gesamte Region umzuwandeln, engagiert sich die CMA verstärkt für Lebensmittel mit regionaler Herkunft“, betont Wilfried Kamphausen, Leiter des Ressorts Wirtschaftspartner in der CMA. Diesen Mehrwert für Deutschlands Regionen zu schaffen, ist eines der Ziele der Innovationsprojekte, mit denen die CMA Erfolg versprechende Initiativen der heimischen Agrar- und Ernährungswirtschaft unterstützt. In Zusammenarbeit mit Erzeugergemeinschaften oder Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft erarbeitet die CMA ganzheitliche Konzepte hinsichtlich Produkt-, Vermarktungs- und Qualitätsinnovationen. Die CMA unterstützt Innovationen, die regionalen klein- und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit bieten, sich zu positionieren und neue Märkte zu erschließen. Dabei berücksichtigt sie übergeordnete Entwicklungen, denen die gesamte deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft unterworfen ist. „So tragen wir zum Beispiel zu einer Verbesserung der Produkt- beziehungsweise Prozessqualität bei. Die Wirtschaft profitiert von einer transparenten Produktionskette, denn Verbraucher fragen sichere Lebensmittel nach“, erläutert Kamphausen.



Das Pilotprojekt „Kundenorientierte Qualitätssicherung in der Wertschöpfungskette Getreide“ unterstrich die Bedeutung des Erfassungshandels als Schnittstelle zwischen der Agrarwirtschaft und der weiterverarbeitenden Industrie.

Foto: Raupert

Landwirte tragen bei der Absicherung hoher Getreidequalitäten eine große Verantwortung. Durch vielfältige neue Verordnungen und Gesetze steigen die Anforderungen an sie stetig. Entscheidend ist, die praxisrelevanten Punkte zu erkennen und umzusetzen. Daher war das Ziel des Projektes, den Erfassungshandel als Bündler in die Lage zu versetzen, Landwirte über die am Markt relevanten Qualitätsmanagement-Systeme zu informieren, deren Marktbedeutung herauszustellen und im praktischen Einsatz zu testen. Eine Beratung über die Erfassungsstufe ist